



Bewußtseinsdesign im Namen der Exzellenz

von Hauke Ritz

Wie man durch die Umstrukturierung der Universitäten
das gesellschaftspolitische Bewußtsein der nächsten Generation plant
Über die gesellschaftspolitischen Ziele der Bertelsmann-Stiftung

3	Vorwort
5	Bewußtseinsdesign im Namen der Exzellenz Oder wie man durch die Umstrukturierung der Universitäten das gesellschaftspolitische Bewußtsein der nächsten Generation plant
5	1. Die gesamtgesellschaftliche Situation
7	2. Das CHE und die Privatisierung der Universitäten
11	3. Über die Funktionsweise eines Bildungskonzerns
13	4. Der Elitediskurs
16	5. Destruktion der Kernthese
23	6. Über die Folgen einer Einbindung von Lehre und Forschung in die Kapitalakkumulation
23	6.1. Markt für Studiengänge
25	6.2. Der Arbeitsmarkt
33	6.3. Forschungsmarkt
37	Anmerkungen
39	Literaturliste
40	Register

nachträglicher Hinweis:

Dieser Text entstand während des Streiks
2003/04, konnte aber erst im Juni 2005
veröffentlicht werden.

Impressum:

ANNEX - Schriftenreihe zu Recht und Politik
Herausgeber: arbeitskreis kritischer juristinnen und juristen an der
Humboldt-Universität zu Berlin
c/o ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
e-mail: akj@akj-berlin.de
homepage: www.akj-berlin.de
Die UrheberInnenrechte liegen bei den jeweiligen AutorInnen.
Der Gebrauch alter bzw. neuer Rechtschreibung und
geschlechtergerechter Bezeichnung obliegt der/dem jeweiligen AutorIn
No. 1, Juni 2005
1. Auflage Berlin 2005
Satz und Gestaltung: Jan Oppenhäuser
Redaktion: Micha II und Ulrike

Vorwort

Fast der gesamte zivilisatorische Fortschritt der Neuzeit ist direkt oder indirekt der Entstehung der Universitäten im ausgehenden Mittelalter zu verdanken. Denn es waren die Universitäten, die den Anbruch eines neuen Zeitalters möglich machten, indem sie Orte darstellten, an denen dem vorherrschenden Glauben an Wunder und Offenbarung überhaupt erst das Wissen um Kausalzusammenhänge entgegengesetzt werden konnte. Wir haben heute keine Vorstellung mehr davon, was es eigentlich bedeutete, daß es den Universitäten gelang, nach tausendjähriger Herrschaft der katholischen Kirche erstmals deren Bildungs- und Wissensmonopol zu brechen. Die Entstehung der abendländischen Wissenschaften ist auf eine glückliche Verkettung von Umständen zurückzuführen, die auch anders hätte ausfallen können, und sie wäre ohne den mühsam erkämpften Autonomieanspruch der Universitäten gegenüber kirchlicher und staatlicher Gewalt so nicht möglich gewesen.

Die derzeitige, sich teils in Planung und teils bereits in Durchführung begriffene Umstrukturierung der Universitäten unterscheidet sich von früheren Reformversuchen durch die Radikalität der Veränderung. Und zwar dadurch, daß das gesamte Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Universität sowie die Rolle von Wissenschaft und Bildung fundamental neu definiert werden. Eine Neubestimmung, deren zentrales Anliegen es letztlich ist, durch die Etablierung einer betriebswirtschaftlichen Organisation Strukturzwänge zu schaffen, die die Autono-

mie der an der Universität forschenden und lehrenden WissenschaftlerInnen sowie den Wissens- und Bildungserwerb der StudentInnen stark einschränken. Ziel ist dabei die umfassende Ausrichtung von Lehre und Forschung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. Vieles spricht dafür, daß dieses das Ende der neuzeitlichen Tradition der abendländischen Universität bedeuten könnte.

Der Uni-Streik 2003/2004 war der bislang letzte Versuch, sich von studentischer Seite, dieser Entwicklung irgendwie entgegenzustellen. Dieses Bestreben fand Ausdruck in der spektakulären Besetzung der Unter den Linden 1 gelegenen Repräsentanz der Bertelsmannstiftung. Hintergrund dieser Aktion war die Erkenntnis, daß der von der Bertelsmannstiftung gegründete Think-tank CHE (Centrum für Hochschulentwicklung) der eigentlich maßgebliche Akteur hinter der sich zur Zeit vollziehenden Umstrukturierung der Hochschulen ist; und auch, daß jede studentische Demonstration oder Mahnwache vor dem Roten Rathaus unwirksam bleiben muß, insofern sie sich nur an das ausführende Personal und nicht an die im Hintergrund wirkenden Strategen selbst richtet.

Trotz all dieser Versuche muß man leider konstatieren, daß die neoliberale Hochschulausrichtung ihren ungebrochenen Siegeszug fortsetzt. Denn die Studierenden, die sich ernsthaft um eine grundsätzliche Analyse der sich vollziehenden Veränderungen bemüht haben, waren deutlich in der Minderheit. Viele der Teilnehmenden mißverstan-

den den Streik eher als Medienspektakel, indem sie Säрге durch die Straßen trugen oder nackt in die Spree sprangen, ohne jedoch dabei ihre Vorstellung von der Rolle der Universität in der Gesellschaft zumindest soweit konkretisiert zu haben, als daß sie den in allen Medien präsenten Verlautbarungen des CHE und verwandter Think-tanks irgend etwas entgegensetzen gehabt hätten. Der Streik als ästhetisches Happening arbeitete den neoliberalen Strategen eher noch zu, als daß er sie in ihrem „Reformeifer“ irgendwie gehindert hätte.

Aus dieser fatalen Situation ergab sich die Notwendigkeit, zunächst Versuche zu unternehmen, die Studierendenschaft selbst über

die Tragweite und Radikalität der geplanten Neudefinition von Bildung, Universität und Wissenschaft aufzuklären. Erst wenn dieses ansatzweise gelingt, ist überhaupt daran zu denken, daß kritische Meinungsäußerungen der Studierenden eine gewisse Wirkung in die Öffentlichkeit hinein entfalten können. Der folgende Text ist das Ergebnis eines solchen Versuchs und bemüht sich am Beispiel des CHE um eine grundsätzliche Analyse der sich vollziehenden Prozesse vor einem gleichermaßen soziologisch wie geschichtsphilosophischen Horizont.

Hauke Ritz

Bewußtseinsdesign im Namen der Exzellenz

Oder wie man durch die Umstrukturierung der Universitäten das gesellschaftspolitische Bewußtsein der nächsten Generation plant

1. Die gesamtgesellschaftliche Situation

Jeder Versuch, die sich derzeit vollziehenden sogenannten Reformprozesse durch Hinweis auf deren mangelnde demokratische Legitimation in Frage zu stellen, ist vorab mit dem Bewußtsein der eigenen Ohnmacht konfrontiert. Denn in der gegenwärtigen Gesellschaft ist der Versuch, Demokratie einzuklagen, in verblüffend ähnlicher Weise vergeblich, wie es in der DDR unter Honecker oder in der Sowjetunion unter Breschnew vergeblich gewesen sein muß, ein sozialistisches Gesellschaftskonzept gegenüber seiner „real existierenden“ Parodie einzufordern. Zwar wird man in den gegenwärtigen Gesellschaften nicht aufgrund seiner Meinungsäußerung ins Gefängnis gesperrt. Aber dies ist nur dann ein Argument für die reale Existenz von Demokratie, wenn man Demokratie mit Rechtsstaatlichkeit eins zu eins gleichsetzt. Doch hier sind Zweifel angebracht. Das Versprechen, das historisch an Demokratie geknüpft ist, geht über die Wahrung von Menschenrechten und Rechtssicherheit weit hinaus. Demokratie bleibt auch als eine repräsentative an das Merkmal der Volkssouveränität gebunden, die sich über eine freie Öffentlichkeit herzustellen hat. Wie ist es in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung um dieses Kriterium bestellt?

Gemessen am Kriterium der Volkssouveränität ist Demokratie in den westlichen Gesellschaften im Schwinden begriffen. So gehört mittlerweile kein Mut mehr dazu, in den Politikwissenschaften eine Krise oder gar das Ende der Demokratie zu diagnostizieren. Weder existiert eine autonom und demokratisch verfaßte Öffentlichkeit, deren oberstes Merkmal ein öffentliches Bewußtsein politischer Alternativen wäre, noch hält das Bildungsniveau der Bevölkerung mit der zunehmenden Komplexität politischer Entscheidungsprozesse irgend Schritt. Kaum ein Bürger auf der Straße weiß, was Organisationen wie die WTO, der IWF, die Weltbank eigentlich sind oder welche Ziele internationale Vereinbarungen wie die GATS oder der Bolonga-Prozeß eigentlich anstreben und welche Interessen sie verfolgen, obgleich in diesen Gremien die Entscheidungen gefällt werden, die die Gesellschaft konstituieren, in der wir und unsere Kinder einmal leben werden. Die urdemokratische Fragestellung, die da lautet: „*In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben?*“, ist zu einer unmöglichen Frage geworden, deren Sinn und Anliegen in Massenmedien, welche Nachrichten mit Blick auf zu erwartende Werbeeinnahmen gestalten, nicht mehr thematisiert werden kann. So sind die politischen Willensbildungsprozesse zunehmend in die Hände nichtstaatlicher Akteure übergegangen. Mit dem Geld finanzstarker Kon-

zerne werden vermeintlich ums Gemeinwohl besorgte Stiftungen gegründet, die wiederum vermeintlich neutrale Expertenkommissionen ins Leben rufen. Deren Erkenntnisse werden über professionelles Lobbying an sogenannte Entscheidungsträger herangetragen. Da viele LobbyistInnen als solche gar nicht auftreten, sondern sich als Berater, Sachverständige oder Wissenschaftler ausgeben, haben viele Politiker das Gefühl, im Sinne der Vernunft und Objektivität zu handeln, wenn sie deren Argumentationsmuster übernehmen und in Politik umsetzen. Werbeagenturen werden darüber hinaus beauftragt, im Dienste der sogenannten „Öffentlichkeitsarbeit“ für die anstehenden Veränderungen schmackhafte Begriffsbildungen und eingängige Argumentationsketten zu entwickeln, die, sofern sie nur eingängig genug sind, schließlich von unzähligen Journalisten reproduziert werden. Kritischer Widerspruch ist zwar prinzipiell möglich, aber durch die Vielzahl an Wortmeldungen, die letztlich ein gesamtgesellschaftliches Klima erzeugen, erscheinen diese Gegenpositionen zunehmend altmodisch, werden quantitativ schlichtweg überstimmt. Den gewählten Politikern fällt die Aufgabe zu, die in „think tanks“ erarbeiteten Konzepte lediglich nachzuvollziehen bzw. zur Wahrung der demokratischen Fassade zwischen der Wirtschaft und der Bevölkerung zu moderieren. Oft wird dabei auf die bereits erfolgte Durchsetzung der Konzepte in anderen Staaten verwiesen. Rankings werden erstellt, in denen das jeweils eigene Land an unterer Stelle rangiert, während die Favoriten beliebig austauschbar sind. In Anpassung an die faktische Machtverteilung

hat sich auch die Öffentlichkeit dahingehend verändert, daß nur Argumentationsketten, die einer funktionalen und ökonomischen Logik folgen, überhaupt noch Schlußkraft zukommt. Jede tiefgreifendere Selbstverständigung, die das favorisierte Gesellschaftsmodell sowie die mit ihm einhergehenden Definitionen von Demokratie und Liberalismus nach ihrem Wahrheitsgehalt befragt, steht dem vorherrschenden Meinungsklima konträr gegenüber. Weil sie von den gewohnten und präformierten Pfaden des Denkens abweicht, weil sich im derzeitigen Sprachgebrauch Begriffe wie Gerechtigkeit und Utopie wie Antiquitäten ausnehmen, bleiben die politischen Hoffnungen vergangener Generationen am Wegrand der Geschichte liegen, als hätte es nie Menschen gegeben, die in Jahrhunderte währenden Kämpfen für Demokratie und echten Liberalismus ihr Leben eingesetzt haben. Die derzeitige Situation läßt sich deshalb als eine Paralyse der in kollektiver Selbstverständigung herzustellenden Vernunft deuten und geht zudem mit einem fundamentalen Abbruch geistiger Traditionen einher, deren Dramatik und Folgen noch gar nicht absehbar sind. Wurde in den ehemaligen Diktaturen Osteuropas Volkssouveränität durch den direkten Einsatz staatliche Gewalt, Zensur und Repression jeder singulären Meinungsäußerung unmöglich gemacht, so begnügt man sich in der westlichen Welt damit, mittels struktureller Machtausübung lediglich das Meinungsklima zu regulieren.¹ An die Stelle der Staatssicherheit tritt das ebenfalls Milliarden Euro verschlingende Werbeagenturen zum „*Informationsdesign*“.

Doch letztendlich ist damit die Abkoppelung politischer Entscheidungsprozesse von einer sich autonom und demokratisch organisierenden Öffentlichkeit fast ähnlich weit fortgeschritten. Der anschließende Text ist von dem Bemühen geleitet, die Konsequenzen der derzeitigen Veränderungen am Beispiel der Aktivitäten des *Centrums für Hochschulentwicklung* (abgekürzt CHE) und die durch sie angestrebte Umstrukturierung der Universitäten zu beschreiben und soziologisch wie geschichtsphilosophisch auszuloten.

2. Das CHE und die Privatisierung der Universitäten

Am *Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung* (abgekürzt CHE) lassen sich all diese Prozesse beispielhaft beobachten. Das CHE ist eine Lobbygruppe mit gesellschaftspolitischen Zielen. Denn Hochschulen sind Institutionen, durch die ein wesentlicher Teil der Menschen einer Gesellschaft hindurchgehen und dabei von den dort vorhandenen Strukturen geprägt werden. Wenn es also einem Bündnis an Interessengruppen gelingt, die Hochschulen in ihrem Sinne zu verändern, verändert sie damit auch die Gesellschaft. Es soll im Folgenden gezeigt werden, inwiefern die Lobbyarbeit der *Bertelsmann-Stiftung* eine weitreichende Veränderung der Gesellschaft bzw. der Subjekte, aus denen sie sich zusammensetzt, zum Ziel hat.

Die Bertelsmann-Stiftung gibt sich nicht ohne weiteres als Lobbygruppe zu erkennen. In der Öffentlichkeit präsentiert sich

das CHE als eine gemeinnützige Stiftung, als eine Gruppe von Wissenschaftlern und Experten, die den Vorwurf, im Interesse der Wirtschaft oder einzelner Konzerne zu handeln, weit von sich weisen würde. So bedient sich die Bertelsmann-Stiftung zur Einflußnahme auf die gegenwärtige Hochschuldebatte verschiedener Techniken, von denen einige für die handelnden Politiker nicht als Lobbyarbeit zu erkennen sind. Das CHE stellt beispielsweise kostenlos Rankings und Evaluationen der verschiedenen Hochschulen her, steht als Berater von Hochschulen kostenlos zur Verfügung und tritt auch in der Politik vorrangig als Sachverständiger und Experte auf, jedoch kaum als Lobbyist und Interessenvertreter.

Auf diese Weise ist es dem CHE bislang gelungen, die gegenwärtige Debatte über Hochschulpolitik maßgeblich in seinem Sinne zu definieren. So wird fast in allen Medien ausschließlich von den Möglichkeiten einer betriebswirtschaftlichen Organisation der Hochschulen gesprochen, während gleichzeitig der gesellschaftspolitische Auftrag einer Universität sowie der von Bildung im allgemeinen öffentlich nicht mehr diskutiert werden kann. Dies ist neben der kulturellen Hegemonie des Neoliberalismus spätestens seit dem Fall der Mauer vor allem auf die unzähligen Möglichkeiten der Bertelsmann-Stiftung zurückzuführen, in den dem Konzern zugehörigen Medien ausschließlich solche Artikel und Berichte zu veröffentlichen, die die Frage nach einer möglichen betriebswirtschaftlichen Organisation der Hochschulen zum Thema haben.

»Ideologie der Einzelmaßnahmen«

Welches Ziel das CHE im besonderen und der Bertelsmann-Konzern im allgemeinen mit einer betriebswirtschaftlichen Organisation der Universitäten verbindet, wird hingegen in den erwähnten Artikeln und Beiträgen nie ausgesprochen. Man kann daher sagen, daß sich das CHE zur Durchsetzung seiner gesellschaftspolitischen Interessen einer *Ideologie der Einzelmaßnahmen* bedient. Die klassische Argumentation des CHE funktioniert wie folgt: Ein realer Mißstand der gegenwärtigen Hochschulen wird beispielhaft thematisiert. Zum Beispiel das Mißverhältnis zwischen der Anzahl von Professoren zu der ihrer Studenten, die Anonymität an einigen besonders nachgefragten Studiengängen, wie Jura, BWL oder Germanistik. Doch unabhängig davon welchen Mißstand sich das CHE in den seit 20 Jahren unterfinanzierten Universitäten exemplarisch herausgreift: Die Lösung, die dann von der Bertelsmann-Stiftung zur Behebung der Mißstände propagiert wird, ist immer die gleiche. Stets wird einer betriebswirtschaftlichen Organisation von Lehre und Forschung sowie der Universität als Ganzem das Wort geredet. Die Antwort auf die zu behebenden Mißstände steht daher immer schon fest: Nämlich, daß eine Hochschule nach betriebswirtschaftlichen Regeln wie ein Konzern strukturiert werden soll.

Daß zur Behebung der bestehenden Mißstände auch ganz andere Möglichkeiten offenstehen als ein Umbau der Organisationsstruktur nach Vorbild eines Wirtschaftsunternehmens, wird dabei geflissentlich verschwiegen. Das CHE bedient sich also

einer Ideologie der Einzelmaßnahmen. Das bedeutet konkret, daß es der Stiftung eigentlich gar nicht um die Behebung der erwähnten Mißstände geht, sondern daß diese instrumentalisiert werden, um eigentlich etwas ganz anderes durchzusetzen. Um dies aber zu verstehen, bedarf es der Fähigkeit zur grundsätzlichen kritischen Hinterfragung gesellschaftlicher Prozesse. Doch die Bedingungen, unter denen die meisten Menschen heute leben, läßt die Ausbildung dieser Fähigkeit immer unwahrscheinlicher werden. Denn in einer von Massenmedien und Desinformationen beherrschten Kultur stellt sich eine allgemeine Unübersichtlichkeit ein. Das gesellschaftliche Allgemeine ist als solches immer schwieriger greifbar, und damit erscheint dem einzelnen auch sein eigenes Verhältnis zur Gesellschaft zunehmend diffus. Menschen, die unter dieser Desorientierung besonders leiden, die sich in der Gesellschaft kaum verorten können, neigen in der Regel dazu, jene Positionen richtig zu finden, die ihnen als Ausdruck der Mehrheitsmeinung erscheinen. Dieses sozialpsychologische Phänomen macht sich das CHE zunutze. Die zehnjährige Öffentlichkeitsarbeit über zahlreiche Massenmedien mit einem Gesamtbudget von 3,2 Millionen Euro pro Jahr hat dazu geführt, daß es heute immer mehr Menschen gibt, die die vom CHE propagierten Einzelmaßnahmen eigentlich ganz vernünftig finden. Warum nicht Bewerbungsgespräche statt Studienplatzmitteilung über die ZVS? Warum nicht Trimester statt Semester? Warum nicht eine leistungsorientierte Bezahlung der Professoren? Um dieser Ideologie der Einzelmaßnah-

men, die sich stets progressiv gibt, geistig etwas entgegensetzen zu können, bedarf es einer Vergegenwärtigung der grundsätzlichen Konzepte von Universität und Gesellschaft, um die heute gekämpft wird. Es gilt das *Bewegungsgesetz* sichtbar zu machen, welches hinter den vom CHE propagierten Einzelmaßnahmen wirksam ist.

»Es gilt das Bewegungsgesetz zu erkennen«

Worum geht es eigentlich? Es geht dem Bertelsmann-Konzern und dem von ihm ins Leben gerufenen CHE darum, die Entstehung eines Bildungsmarktes in die Wege zu leiten, auf dem dann Universitäten als Bildungskonzerne agieren können. Die betriebswirtschaftliche Reorganisation der bis dahin staatlich verwalteten Universitäten soll also Universitäten in Bildungskonzerne verwandeln, die dann auf einem internationalen Markt in Konkurrenz zueinander treten, was zwangsläufig zu Konzentrationsprozessen, Fusionen und der Expansion der im Wettstreit besonders erfolgreichen Bildungskonzerne führt. Am Ende dieser Entwicklung wären Konzentrationsprozesse denkbar, die einen ähnlich hohen Grad erreichen könnten, wie jene, die in dem vor 20 Jahren privatisierten Fernsehmarkt vonstatten gegangen sind. Die Harvard University verfügt alleine über ein Kapital von 20 Milliarden Dollar. Ist der Markt für Bildung erst einmal geschaffen, so könnte sie leicht in verschiedenen europäischen Ländern Zweigstellen eröffnen. Es könnten also Konzerneinheiten entstehen, die - wie

der Murdoch-Konzern auf dem Markt für Massenmedien - zahlreiche Hochschulen eines Landes unter sich vereinigen, ja sich über mehrere Kontinente und Länder erstrecken. Daß die dabei erreichte Machtkonzentration nicht immer nur nach betriebswirtschaftlichen Kriterien eingesetzt wird, läßt sich am Murdoch - Konzern exemplarisch beobachten, der ja keinen Hehl daraus macht, in den letzten britischen Wahlkampf aktiv eingegriffen zu haben. Und selbstverständlich sind Entscheidungen bestimmte Lehrstühle zu schaffen und wiederum mit bestimmten Personen zu besetzen politisch nie neutral.

»Das Verhältnis von Wissenschaft, Gesellschaft und Politik«

Denn jede wissenschaftliche Arbeit ist in einen kulturellen Kontext eingebunden und bleibt häufig von deren unhinterfragten Grundüberzeugungen gefärbt. In politisch bedeutsamen Wissenschaften wie Soziologie, Politologie oder Philosophie lassen sich deshalb verschiedene Schulen durchaus verschiedenen politischen Richtungen zuordnen. In diesem Sinne gibt es keine wissenschaftliche Wertneutralität. Aber gerade weil wissenschaftliche Wertneutralität eigentlich nicht erreichbar ist und immer nur eine idealistische Bestimmung bleibt, ist es wichtig, daß wissenschaftliche Methoden und Fragestellungen auch politisch in Form von Wissenschaftskritik immer wieder verhandelt werden. Ja daß die Wissenschaften ihre Stellung zum Ganzen der Gesellschaft mit reflektieren müssen. Und dort, wo eine wissenschaftliche Analyse schließlich den-

noch auf ein Werturteil hinausläuft, was kaum zu vermeiden ist, ist es, wie *Max Weber* immer wieder betont hat, wichtig anzugeben, „*welches die Maßstäbe sind, an denen die Wirklichkeit gemessen und aus denen das Werturteil abgeleitet wird.*“⁴² Denn wenn überhaupt, so läßt sich nur auf diesem Wege ein gewisser Grad an Wertneutralität herstellen. Doch ein solches Offenlegen der eigenen Wertmaßstäbe schwächt natürlich die Allgemeingültigkeit einer wissenschaftlichen Position und schafft Raum für Gegenargumente. Deshalb werden in aller Regel dort, wo wissenschaftliche Analysen als Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen eingesetzt werden, die zugrundeliegenden Wertmaßstäbe eher unterschlagen als offengelegt. Diese Einbindung der Forschung in ökonomische Interessen, die immer auch Machtinteressen sind, beschädigt auf lange Sicht die Wissenschaft insgesamt. An einer privatisierten Universität, an der Wissenschaft einem ökonomischen Kalkül zu folgen hat, dürften diese Umgangsformen in noch stärkerem Maße zur alltäglichen Praxis gehören, als dies ohnehin schon der Fall ist. Daß den Wissenschaften für die Selbstverständigung einer Gesellschaft und einer Epoche eine ungeheuer wichtige Rolle zukommt und deshalb die Privatisierung der Universitäten alles andere als unproblematisch ist, ist im Grunde genommen eine Binsenweisheit. Insofern ist es alarmierend, daß Selbstverständlichkeiten dieser Art heute überhaupt mit Nachdruck ausgesprochen werden müssen.

»Die eigentliche Absicht hinter den Verlautbarungen des CHE wird nie erwähnt«

Diese eigentliche Absicht, die hinter dem Engagement der Bertelsmann-Stiftung steht, die Universitäten nach Kriterien der Unternehmensführung neu zu organisieren, wird in den öffentlichen Verlautbarungen der Stiftung nie erwähnt. Dennoch gewinnt die gesamte Argumentation – alle Einzelmaßnahmen für die sich das CHE öffentlichkeitswirksam eingesetzt hat – einen höheren Grad an Kohärenz, wenn man die Gründung und Entstehung eines Bildungsmarktes im internationalen Maßstab als das eigentliche Ziel und ausgesparte Zentrum in den Argumentationen des CHE annimmt. Damit fügen sich die hochschulpolitischen Vorstellungen der Bertelsmann-Stiftung in die wirtschaftspolitischen Interessen aller jener Akteure ein, die im Zuge des GATS-Abkommens den Handel nicht nur für materielle Güter, sondern darüber hinaus auch für Dienstleistungen liberalisieren wollen. Der Staat soll vor allem deshalb aus der direkten Verantwortung für die Universitäten entlassen werden, damit international agierender Dienstleistungskonzerne befreit vom staatlichen Zugriff sich den Bildungsmarkt als zukünftige Wachstumsbranche nach kommerziellen Gesichtspunkten erschließen können. Und sehr wahrscheinlich hat der Bertelsmann-Konzern auch insofern ein Interesse an dieser Entwicklung, als daß er bestrebt ist, einer der führenden Global Players auf dem künftigen Bildungsmarkt zu

werden, auf dem dann die Universitäten als Dienstleistungskonzerne agieren sollen.

3. Über die Funktionsweise eines Bildungskonzerns

Weil nun aber Universitäten nicht wie etwa Konzerne im Bereich der Telekommunikation an sich wirtschaftlich sind, ist auch in den Plänen des CHE eine 60 bis 80 % Subventionierung von Seiten des Staates vorgesehen.³ Dabei sind die rechtlichen Rahmenbedingungen vom CHE allerdings so geplant, daß der Staat, obgleich er weiterhin der wichtigste Geldgeber ist, mit dieser Funktion keinerlei Einfluß auf die Verwendung der Gelder nehmen darf. So ist es dem Staat verboten, in der Subventionierung von Universitäten einen Unterschied zwischen den ehemals eigenen Universitäten und privaten Neugründungen zu machen. Der Staat ist zudem verpflichtet, jede Universität einzig am Maßstab der von Rankings und Evaluationen gemessenen Leistung zu subventionieren. Ist die für die Finanzierung der Universitäten vorgesehene Geldmenge überschritten, so müssen jene Universitäten, die in den jährlich veröffentlichten Rankings am schlechtesten abgeschnitten haben, notfalls schließen, während zugleich die Universitäten, die in den Rang einer Eliteuniversität aufgestiegen sind, ihre Ansprüche auf Finanzmittel von Seiten des Staates sogar noch steigern dürfen. Obwohl der Staat weiterhin den wesentlichen Teil der Finanzierung garantiert, kann die Universität dennoch wie ein Konzern vollkommen unabhängig von diesem agieren. Sie ist trotz

ihrer fortgesetzten staatlichen Subventionierung wie ein unabhängiges Unternehmen organisiert.

So ist zum Beispiel eine hierarchische Managementstruktur vorgesehen, die mit jeglicher demokratischer Organisation der Hochschule unvereinbar ist. Für die besten Professoren werden, wie in der Wirtschaft üblich, Spitzengehälter gezahlt, so daß verschiedene Universitäten gewissermaßen wie Fußballclubs um die besten Spieler in eine Konkurrenz um die vermeintlich besten Professorinnen und Professoren treten. Auch Studierende werden nach Maßgabe von Intelligenztests und Bewerbungsgesprächen angeworben, was insofern einer wirtschaftlichen Logik entspricht, als daß ein zu veredelnder Rohstoff eine möglichst hohe Ausgangsqualität besitzen sollte.

»Hinter der Umstrukturierung der Universitäten stehen neue Methoden der Wertschöpfung«

Ziel all dieser Maßnahmen ist, daß die Universität durch Entscheidungen des Managements ein Profil ausbildet. Der Zweck der Profilbildung besteht wiederum darin, daß die Universität auf diese Weise ihren Namen mit bestimmten Assoziationen behaftet, kurz, sie mit einem Image zu verknüpfen, welches Erfolg und Qualität verspricht. Das Ziel im Wettkampf aller Universitäten untereinander besteht also darin, den Namen der eigenen Universität – sei es durch Werbung, sei es durch karrierefördernde Kontakte zu großen Wirtschaftsunternehmen, sei es in der Tat durch gute Studienbedingungen – in

eine Marke bzw. in ein Label zu verwandeln. Etwa so wie bereits heute der Börsenwert bestimmter Unternehmen wie *Nike*, *Benetton* oder *Coca-Cola* gar nicht auf dem Wert der vorhandenen Produktionsmittel oder Fertigungstechniken beruht, sondern zum größten Teil auf dem Bekanntheitsgrad des Markennamens. Universitäten, denen es auf diese Weise gelingt, ihren Namen in eine Marke oder ein Label zu verwandeln, können ähnlich wie ein Konzern für Kleidung und Schuhe ihren Wert enorm steigern.

Denn in der traditionellen Wissenschaft haben Bildung und Forschung lediglich einen Gebrauchswert. Der Wert von Bildung bestand bisher in der Unabhängigkeit und Kreativität, die ein Studierenden durch sie für ihr späteres Leben erwarben. Der Wert der Forschung beruhte bisher auf der Annahme, daß wissenschaftliche Erkenntnisse an sich ein Selbstzweck seien. Denn eine astronomische Entdeckung oder die erhellende Analyse eines geschichtlichen Dokuments verspricht keinerlei wirtschaftlichen Gewinn und galt doch als wissenschaftlich wertvoll. Maßgebend war die intellektuelle Neugier des Wissenschaftlers und der Selbstzweck wissenschaftlicher Erkenntnis sollte nicht gegen den materiellen Nutzen bestimmter Forschungen ausgespielt werden.

»Die Aporie von Tauschwert und Gebrauchswert«

Doch in dem Moment, da Universitäten als Bildungskonzerne auf einem Bildungsmarkt agieren und zur Durchsetzung gegenüber ihren Konkurrenten darauf bedacht

sind, ihren Namen in den Rang eines Labels zu erheben, um auf diese Weise ihre Konkurrenten zu überstrahlen, in dem Moment tritt zum Gebrauchswert von Bildung und Forschung zusätzlich noch ein Tauschwert hinzu. Die Zielsetzungen der Forschung müssen sich auf diese Weise in ein universitäres Gesamtinteresse einfügen und im Zweifelsfall unterordnen. Wohin dies führt, läßt sich bereits an amerikanischen Universitäten beispielhaft beobachten. So hat in der amerikanischen Wissenschaft der Tauschwert von Bildung und Forschung sich so sehr an die Stelle des Gebrauchswertes gesetzt, daß eine akademische Karriere nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie früher oder später an einer der amerikanischen Eliteuniversitäten vonstatten geht. Auch Forschungsergebnisse werden eher wahrgenommen und eher diskutiert, wenn sie aus Harvard, Yale, Princeton oder Stanford kommen. So läßt sich in Amerika das Phänomen beobachten, daß die Tatsache, wo man studiert hat, wichtiger ist als die, was man studiert hat. Forschung und Lehre, die an Eliteuniversitäten stattfinden, bekommen also durch die Gründung eines Bildungsmarktes neben ihrem eigentlich entscheidenden Gebrauchswert zusätzlich noch einen Tauschwert. Dabei besteht die Gefahr, daß der Fetischcharakter des Tauschwertes schließlich den Gebrauchswert überdeckt, ja diesen schließlich unkenntlich macht. Auf diese Weise ist durch die Einbindung von Lehre und Forschung in die Kapitalakkumulation in letzter Konsequenz die Autonomie der Wissenschaften bedroht, auf der sich der gesamte zivilisatorische Fortschritt seit Entstehung der Neuzeit begründet.

Nichtsdestotrotz sind Universitäten, denen es gelungen ist, ihren Namen in den Rang eines Labels zu erheben, in der Lage, große Mengen Kapital an sich zu binden. Mit den dadurch freigesetzten Geldmengen ist es sehr leicht möglich, das Versprechen in eine besonders hochwertige Forschung und Lehre, welches das Label seinen Kunden verspricht, auch tatsächlich zu erfüllen. Doch dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Erhebung einzelner Universitäten zum Markennamen immer auf Kosten jener Universitäten geht, die in der großen Gruppe der „No-Name-Universitäten“ gefangen bleiben. Eine Universität, die es einmal geschafft hat, ihren Namen zu einem Markenzeichen zu erheben, kann infolgedessen derart viele Finanzmittel an sich binden, daß sie eigentlich nicht mehr von diesem Rang verdrängt werden kann, während umgekehrt die große Gruppe der namenlosen Universitäten infolge ihres geringen Bekanntheitsgrades nur über wenige Finanzmittel verfügen, so daß es für sie nahezu ausgeschlossen ist, jemals in die Liga der Eliteuniversitäten aufzusteigen.

»Alter Wein in neuen Schläuchen –
der Nietzscheanismus in
der Argumentation des CHE«

4. Der Elitediskurs

Auf diese Weise kommt es zu einer Spaltung der Universitätslandschaft. Einer großen Gruppe finanzschwacher Universitäten für die breite Masse der Studenten steht eine kleine Zahl von Eliteuniversitäten gegen-

über. Häufig wird zur Begründung dieser absichtlich hergestellten Ungleichheit ein vulgärer Nietzscheanismus ins Feld geführt, wonach die Starken vor den Schwachen geschützt werden müssen. Nur in räumlicher Separierung von der großen Masse der Studenten können die vermeintlich Starken, nämlich die künftige Elite des Landes, ihre Stärke ausbauen, also werden, was sie zu sein beanspruchen. Nun kann man leicht soziologische Erkenntnisse anführen, die diese angestrebte Stärkung der Starken und Schwächung der Schwachen als pädagogischen Irrsinn entlarven. Denn eine wirkliche Elite an eigenständig denkenden und verantwortlich handelnden Menschen ist bislang in allen Gesellschaften nur dann entstanden, wenn Individuen die Möglichkeit hatten, sich in ihrer geistigen Entwicklung und praktischen Lebensplanung von eigenen Impulsen und Interessen leiten zu lassen. Ein Mensch ist gebildet, wenn ihm die Fähigkeit zugefallen ist, unabhängig vom Konformitätsdruck der Gesellschaft seine Persönlichkeit nach einem ihm eingegebenen und nicht von außen vorgegebenen Bild selbständig zu formen. Sobald man aber nach Maßgabe von Intelligenztests, persönlichen Beziehungen oder schlichtweg der Bereitschaft, gigantische Studiengebühren zu zahlen, eine kleine Gruppe von Menschen herausgreift, in der Absicht, aus ihr die zukünftige Elite zu formen, so wird man mit Sicherheit das Gegenteil einer echten Elite bekommen.

»Solche Selektionsmechanismen begünstigen tendenziell macht- und aufstiegsorientierte Menschen«

Und zwar einfach deshalb, weil solche Selektionsmechanismen tendenziell macht- und aufstiegsorientierte Menschen begünstigen und damit einen Subjekttypus herausfiltern, der gerade durch seinen gesellschaftlichen Ehrgeiz dem Konformitätsdruck der Gesellschaft erlegen ist. Wirkliche Intelligenz war jedoch mit Konformismus noch nie vereinbar.

»Konkurrenzdruck ja, aber nur für die unteren Schichten der Gesellschaft«

Daß ein auf gesteigerte Selektion und Abgrenzung der Elite zielendes Gesellschaftsmodell entgegen aller besseren wissenschaftlichen Einsicht dennoch auf dem Vormarsch begriffen ist, hat mehrere Gründe. Zum einen sind von der ständigen Verschärfung des wirtschaftlichen Konkurrenzdrucks auch die Eliten selbst betroffen. Durch die Etablierung von Eliteuniversitäten mit hohen Studiengebühren als Zugangsberechtigung soll der soziale Aufstieg für die finanzstarke Schicht der Gesellschaft wieder berechenbarer werden. Die zunehmende Verschärfung des Konkurrenzdrucks hat das Bedürfnis nach Institutionen erzeugt, deren hoher Rang und Name ihren Mitgliedern den sozialen Aufstieg stark erleichtern, wenn nicht gar garantieren. Doch es gibt noch weitere Gründe, die die Konjunktur des Elitebegriffs mit erklären. Einer dürfte beispielsweise sein, daß – wie noch zu zeigen ist – sich derzeit eine Transformation des Kapitalismus hin zu einer gesellschaftlichen Netzwerkstruktur vollzieht. Daraus erwächst die Notwendig-

keit Institutionen zu schaffen, die dafür prädestiniert sind, solche Netzwerkstrukturen auszubilden. Und dies gelingt am ehesten dort, wo die bloße Zugehörigkeit zu einer Institution aufgrund ihrer Exklusivität zum Identitätsstiftenden Faktor wird.⁴ Dies hängt nicht zuletzt auch damit zusammen, daß die Stabilität einer Gesellschaft nicht allein auf dem Grad der erreichten Inklusion aller Mitglieder beruht, sondern im wesentlichen auf der Zufriedenheit ihrer Eliten. Gelingt es also, den Absolventen zukünftiger Eliteuniversitäten das Gefühl zu geben, jemand zu sein, der es unter Tausenden geschafft hat, so wird man zwar nicht die geistigen Fähigkeiten, wohl aber das Selbstbewußtsein und damit auch die Selbstzufriedenheit der künftigen Elite in so starkem Maße steigern, daß trotz zunehmender sozialer Ungleichheit die Stabilität der Gesellschaft aufrecht erhalten werden kann.

»Die Ästhetisierung der Wahrheit in einer geschichtsvergessenen Zeit«

Und schließlich gibt es vielleicht noch einen dritten Grund, warum gerade gegenwärtig der Elitediskurs eine solche Konjunktur erlebt, ja in den letzten fünf Jahren in der Semantik des Begriffs geradezu eine Umwertung stattgefunden hat. War in den achtziger Jahren der Begriff Elite noch im wahrsten Sinne des Wortes ein elitäres Unwort, so ist der Begriff heute positiv besetzt. Man mag es für einen kuriosen Zufall halten, daß das Männermagazin Playboy in einer seiner letzten Ausgaben das Wort Uni-Elite im Titel trug und unter diesem Begriff

ein Dutzend ausgewählter Eliteschönheiten von deutschen Fakultäten posieren ließ. Aber vielleicht offenbart sich an dieser Assoziation von Elite und Schönheit ein Dispositiv der Gegenwartskultur überhaupt? Die Assoziation des Wortes Elite mit schönen Körpern zeigt deutlich, daß der Begriff Elite offenbar ästhetisch aufgeladen, ja sexy ist. Gleiches läßt sich anhand vieler anderer Metaphern des neoliberalen Diskurses zeigen. Der „schlanke“ Staat und das „schlanke“ Unternehmen, die beide „Verkrustungen lösen“ und „starre Strukturen aufbrechen“ und sich aller „hemmenden“ und daher unästhetischen „Bürokratie“ entledigt haben, sind nicht allein das Ergebnis wirtschaftlichen Effizienzdenkens, sondern verkörpern nicht zuletzt auch ein ästhetisches Ideal.

Der effiziente und flexible Unternehmer, der alle unliebsamen Tätigkeiten ausgelagert und damit aus seinem Gesichtskreis entfernt hat, gewinnt die Semantik seines Denkens und Handelns schließlich aus dem kulturellen Feld, in dem er lebt. Dieses ist jedoch davon bestimmt, daß alle religiösen Maßstäbe und unbedingten moralischen Wertevorstellungen, die das Handeln in früheren Epochen legitimiert und bestimmt habe, mehr oder weniger zerfallen sind. Ohne in die konservative Klage über den allgemeinen Werteverfall einzustimmen, bleibt doch zu konstatieren, daß es keine Formen der Lebensführung, des geistigen Selbstverhältnisses und der daraus resultierenden gesellschaftlichen Verantwortung mehr gibt, die uns heute als Ausdruck des richtigen Lebens vor Augen stehen und denen mehr als nur subjektive Geltung zukäme. Ja, daß

der Begriff des richtigen und guten Lebens selbst zu einem unmöglichen Wort geworden ist, ist Ausdruck einer Situation, in der die Subjektivität der einzelnen Menschen sich nur noch in äußerst bescheidenem Maße in der allgemeinen Kultur wiederzuerkennen vermag. Die heute fast unüberbrückbare Kluft zwischen „subjektivem Lebensvollzug“ und objektiver Kultur erlaubt fast nur noch ein ironisches Verhältnis des einzelnen zum gesellschaftlichen Allgemeinen. Man mag einwenden, es gebe auch heute noch viele Menschen, die in ihrer Lebensführung an unbedingten Wertmaßstäben festhalten. So richtig das ist, so bleibt doch zu bemerken, daß sie trotz allem diesen Anspruch nicht mehr ungebrochen in der Öffentlichkeit vertreten können, ohne den Verdacht der Naivität, der Intoleranz oder gar des totalitären Denkens auf sich zu ziehen. Die öffentliche Vernunft ist heute nicht mehr in der Lage, kenntlich zu machen, daß bestimmte Formen der Lebensführung höher stehen als andere. Der einzige Maßstab des Urteils, der von diesem Verfall objektiver Werte in der öffentlichen Selbstverständigung unberührt geblieben ist, ist der ästhetische. Er erfährt als Maßstab der Beurteilung nach wie vor eine allgemeine Anerkennung. Und deshalb ist unsere öffentliche Selbstverständigung vom Schönheitskult unserer Tage bestimmt, dessen Philosophie sich dahingehend zusammenfassen ließe, daß nach dem Zerfall religiöser und moralischer Werte nun Sexualität und Körperästhetik das Vakuum füllen und zum wesentlichen Element individueller Sinnstiftung überhöht worden sind.⁵

»Der ästhetische Glanz
des Elitebegriffs«

Das wiederum hat dazu geführt, daß im postmodernen Lebenshorizont alles gerechtfertigt erscheint, was ästhetisch überzeugt. Als Nietzsche vor über 130 Jahren verkündete, die Welt sei nur ästhetisch gerechtfertigt und damit alle ethischen und religiösen Wertmaßstäbe zurückwies, leitete er jenen Prozeß der „*Ästhetisierung der Wahrheit*“⁶ ein, der *Jacob Taubes* zufolge ein grundlegendes Paradigma postmoderner Theorie geworden ist. Die unbewußt hingegenommene Gleichsetzung eines ästhetischen Wertmaßstabes mit Wahrheit kann deshalb mit Fug und Recht als das beherrschende Dispositiv unserer Gegenwart angesehen werden, das die Semantik eines Männermagazins wie auch eines politischen Diskurses, ohne daß sich die Akteure dessen bewußt wären, gleichermaßen bestimmt. Die Studenten, die während des zurückliegenden Universitätsstreiks, statt inhaltliche Diskussionen zu führen, sich medienwirksam auszogen und mit dem Verkauf ihrer Pinups-Kalender vorgaben, den Streik zu finanzieren, sind neben der neoliberalen Bildersprache von Leuchttürmen, Wissenschaftsdesign und Exzellenzclustern nur ein weiterer kultureller Ausdruck einer Bewußtseinslage, die sich nur noch an ästhetischen Maßstäben zu orientieren weiß. Der Titel des Playboys, der den Elitebegriff mit schönen Frauenkörpern assoziiert, spricht daher nur unbefangen aus, was für eine Vielzahl von Menschen unreflektiert maßgebend ist, wenn sie die Eliteuniversität fordern und damit eigentlich nur

die Verwirklichung eines ästhetischen Ideals meinen. Elite ist sexy!

5. Destruktion der Kernthese

Die Frage muß gestellt werden, welche gesellschaftspolitischen Motive und hintergründigen Wertmaßstäbe in der Argumentation des CHE der Bertelsmann-Stiftung eigentlich wirksam sind. Mehrfach spricht nämlich *Detlef Müller-Böling* (Leiter des CHE) in dem unter seinem Namen erschienenen Buch „Die entfesselte Hochschule“ von einem „Überlebenskampf der Organisationen“. Müller-Böling zufolge ist eine Neuorganisation der Universität nach einer betriebswirtschaftlichen Logik notwendig, „*wenn eine Organisation über kurz oder lang überleben will*“⁷. Denn es geht ihm um die „*Überlebensfähigkeit der Hochschule*“. Die betriebswirtschaftliche Organisation der Hochschule ist für ihn die „*Voraussetzung für den dauerhaften Bestand einer wirtschaftlichen Organisation*“⁷. In gewisser Weise drückt sich in diesen scheinbar nebensächlichen Sätzen die zentrale Grundannahme der gesamten Argumentation des CHE aus. Denn die Frage, welchen Wert man einer Sache zuerkennt, ist immer davon abhängig, wovon man abstrahiert. Detlef Müller-Böling bemißt den Wert einer Universität an ihrer Überlebensfähigkeit im Wettkampf mit anderen Organisationen. Die Paradoxie dieses Wertmaßstabes wird einem gleich klar, wenn man sich versuchsweise vorstellt, den Wert des Lebens in seiner Überlebensfähigkeit zu sehen. Das Leben eines Soldaten mag um so

wertvoller sein, je überlebensfähiger es ist. Doch daraus abzuleiten, daß der Wert des Lebens an sich in nichts anderem als seiner Überlebensfähigkeit besteht, entspricht einer Logik des Krieges.

»Das zugrunde liegende Dogma in der Argumentation des CHE«

Ebenso widersinnig ist es aber, den Wert einer Organisation einzig und allein vom Maßstab ihrer Überlebensfähigkeit in einem darwinistischen Wettkampf mit anderen Organisationen abzuleiten. Denn dann bestünde ja der Sinn der Zivilisation in nichts anderem, als daß große wirtschaftliche Organisationseinheiten entstehen, die in einen unendlichen Wettkampf zueinander treten. Organisationen und Institutionen sind aber Gebilde, die ursprünglich im Dienste des Menschen stehen sollten. Bevor sie – wie Lucases in Reaktion auf den ersten Weltkrieg 1920 aussprach – zur „*Schädelstätte vermoderter Innerlichkeiten*“⁸ erstarrten, lagen ihrer Gründung humanistische Ziele zugrunde. Die Institutionen sollten dem Menschen dazu verhelfen, im Dienste der Gesellschaft ein allgemeines Leben zu führen, dessen Wirkung auf diese Weise auch über die Kürze seiner Lebenszeit hinaus Folgen zeitigen konnte. Institutionen sollten Orte der Vergesellschaftung sein und damit weit mehr, als nur Möglichkeiten zur individuellen Karriereplanung bieten. Das Bewußtsein, welches die Menschheit in ihrer geschichtlichen Selbstverständigung über Jahrhunderte ausbildete, sollte sich in den Institutionen gewissermaßen als Verwirkli-

chung des menschlichen Geistes materialisieren. Und dies sollte so geschehen, daß auch der einzelne Mensch der Institution nicht fremd gegenüberstand, sondern die Vernunft, nach der er sein Leben führte, auch in der Organisation der Institution wiedererkennen konnte. In keiner Institution jedoch drückte sich dieser humanistische Anspruch nach einer Versöhnung zwischen dem Leben des Einzelnen und dem gesellschaftlichen Allgemeinen tiefer und umfassender aus als in den Universitäten, die einst kühn das Bildungs- und Wissensmonopol der katholischen Kirche herausgefordert hatten, in die alle Emanzipationsansprüche der Neuzeit eingeflossen sind und ohne deren Autonomie es die Neuzeit als Epoche vielleicht nie gegeben hätte.

»Das zivilisatorische Versprechen von Institutionen«

Wie sehr dieser humanistische Anspruch auch noch im 20. Jahrhundert für die Gründung von Universitäten bestimmend gewesen ist, zeigt eine 1967 verfaßte und auf das Jahr 1948 rückblickende Notiz von *Klaus Heinrich*, einem der Mitbegründer der Freien Universität.

„Die Universität, das wußten wir, stand stellvertretend für die Gesellschaft. Dieser ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben: Darin sahen wir die Aufgabe einer Universität. Staatsbürger sein, es potenziert sein in der Helle des Bewußtseins, nämlich denkender, erkennender Staatsbürger, der aus seinem Erkennen Konsequenzen zieht: Das war die vornehmste

Aufgabe des Bürgers einer Universität. Wir hatten die Lehre aus der NS-Zeit verstanden, die heute wieder vergessen ist: daß die politisierte Universität identisch ist mit der vermeintlich unpolitischen. Wir wollten das politische Bewußtsein des Universitätsbürgers. Es allein garantierte uns die Freiheit der Universität, die stellvertretend stand für eine freie Gesellschaft.“⁹

»Die Utopie einer demokratischen Universität«

Die Gründer der Freien Universität verbanden mit ihrem Engagement die Hoffnung, daß die zweite Demokratie in Deutschland nicht das Schicksal der ersten erleide. Daß die Freie Universität ein Ort intellektueller Geistesgegenwart werden möge, der jene innere Aushöhlung verhindern könne, an der einst die Weimarer Republik zugrunde gegangen war. Insofern die Studenten der Universität sich als Bürger der Universität verstanden, brachten sie zum Ausdruck, daß sie die Universität als eine Miniatur der Gesellschaft ansahen. Intellektuelle Selbstverständigungsprozesse, die im Mikrokosmos der Universität stattfanden, sollten von dort aus auf die gesamte Gesellschaft als Makrokosmos ausstrahlen. Aus diesem Verständnis folgt zwingend eine demokratische Organisation der Hochschule. Klaus Heinrich hoffte 1967 noch auf eine mögliche Veränderung der Gesellschaft durch die Universität. Dabei jedoch setzte er in der Öffentlichkeit ein zumindest im Ansatz vorhandenes Bewußtsein

von Demokratie voraus, das man ansprechen, an welches man appellieren konnte.

»Universitäten als Orte der gesellschaftlichen Selbstverständigung«

Doch was geschieht, wenn dieses nicht mehr existiert? Wenn die Steuerung gesellschaftlicher Verständigungsprozesse durch Massenmedien zum Normalzustand geworden ist? Wenn die Aushöhlung jeglicher Volkssouveränität durch das professionelle Lobbying großer internationaler Konzerne als Gott gegebener Zustand akzeptiert wird? Dann verliert die Universität die Möglichkeit, die Gesellschaft zu verändern! Eine Gesellschaft, der jeglicher inhaltliche Begriff von Demokratie verloren gegangen ist, kann auch von Seiten der Universität nicht mehr ohne weiteres an diesen erinnert werden. An die Stelle der Veränderung der Gesellschaft durch die Universität tritt dann die Anpassung der Universität an die Gesellschaft. Die demokratisch organisierte Hochschule wird zu einem Relikt vergangener Zeiten, einem Fossil, dessen gesellschaftspolitischen Auftrag niemand mehr versteht. Die Universität gerät in die paradoxe Situation, Prozesse realer Entdemokratisierung, wie sie in der Gesellschaft in den letzten 20 Jahren stattgefunden haben und die unabweisbar einen gesellschaftlichen Rückschritt darstellen, als vermeintlichen Fortschritt nachzuvollziehen.

»Die Selbstaufgabe der Zivilisation«

Nach mehreren Jahrhunderten der Neuzeit und der Aufklärung und 60 Jahre nach der letzten großen Katastrophe ist also eine Situation eingetreten, in der das Bewußtsein des Emanzipationsanspruchs, der einst in die Gründung verschiedener Institutionen eingegangen ist, gänzlich verlorengegangen ist. Sie sind wirklich zu einer „*Schädelstätte vermoderter Innerlichkeiten*“ geworden.

An die Stelle des Bewußtseins von Freiheit ist vielmehr der naturwüchsige Zwang getreten, im Wettstreit mit anderen Organisationen zu überleben, ohne daß noch irgend jemand zu sagen vermöchte, welchen humanen Zielen die Fusion verschiedener Bildungskonzerne zu immer größeren und mächtigeren Einheiten überhaupt dient. Die Gesetze des Dschungels, nach denen das wilde Tier sein Überleben zu sichern hat, scheinen das geheime Vorbild für jenen entfesselten Weltmarkt zu sein, auf dem gigantische Konzerne zu immer größeren Einheiten fusionieren. Und alle menschlichen Güter vom Trinkwasser, über das Wissen, die Kultur und sogar seelische Bedürfnisse, ja schließlich auch die DNA aller möglichen Pflanzenarten in die Kapitalakkumulation eingebunden werden und erst durch diese Einbindung ihren vermeintlichen Sinn und Wert erhalten. Aus den Universitäten – man muß es sich immer wieder vergegenwärtigen – die einmal Orte der geistigen Selbstverständigung der Gattung Mensch im Vollzug ihrer Geschichte waren, sollen nun Organisationseinheiten werden, die sich im Interesse ihres Überlebens der Umwelt anpassen.

»Der Verrat des zivilisatorischen Freiheitsversprechens, das einst an Institutionen gebunden war«

Nichts drückt sinnfälliger aus, daß die Neuzeit als Zeitalter und damit auch ihr humanistisches Selbstverständnis wahrscheinlich an ihr Ende gekommen ist. Denn an deren Beginn gewann der Mensch erstmals in seiner Geschichte Bewußtsein davon, daß er als ein geistig bestimmtes Wesen der blinden Notwendigkeit von Naturprozessen enthoben ist, daß er befähigt ist, in Freiheit aus den Zwängen der Natur herauszutreten, daß eine Zivilisation errichtet werden kann, innerhalb derer der Mensch von dem blinden Zwang der Natur zu überleben befreit wäre. Insofern nun der besinnungslose Überlebenszwang dem neoliberalen Gesellschaftsmodell zufolge wieder zum vorherrschenden Paradigma der einzelnen Subjekte wird, wie auch der von gesellschaftlichen Institutionen überhaupt, fällt die Menschheit von selbstgeschaffener Angst getrieben wieder in den Naturzustand zurück. Einer Menschheit, der das Überleben zum einzigen Wert und Kriterium ihrer Existenz geworden ist, ist gewissermaßen das Bewußtsein ihres Menschseins abhanden gekommen. Schwer zu sagen, was sie in diesem Fall eigentlich noch von einem ebenfalls sehr komplex organisierten Ameisenvolk unterscheidet? Eine solche Menschheit würde sich selbst nämlich einzig und allein unter der Bestimmung der Notwendigkeit erkennen. Jegliches Freiheitsbewußtsein hätte sich in einer dergestalt gegen Transzendenz abgeschotteten Welt verflüchtigt.

»Die große Debatte in der Philosophie des 20. Jahrhunderts«

Der Umbau der Institutionen nach einer betriebswirtschaftlichen Logik, die Etablierung eines darwinistischen Wettstreits im Raum der Institutionen selbst und die damit einhergehende Preisgabe des humanistischen Freiheitsversprechens, auf welchem sich die Neuzeit als Epoche ursprünglich begründete, ist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von verschiedenen Intellektuellen wie *Max Weber, Arnold Gehlen, Walter Benjamin, Theodor Adorno bis zu Jacob Taubes* als das sich abzeichnende Schicksal der Menschheit erkannt worden. All diesen Theoretikern ist gemeinsam, daß sie eine Gesellschaft beschreiben, die gewissermaßen in der Immanenz ihrer eigenen Rationalität erstarrt. So spricht Walter Benjamin vom „Traumschlaf“, in welchen die Menschheit mit dem Anbruch der Moderne gefallen sei und aus dem es zu erwachen gilt.¹⁰ Horkheimer und Adorno sprechen davon, daß sich die Öffentlichkeit in einen „Verblendungszusammenhang“ verwandelt habe bzw. sich ein „technologischer Schleier“ über diese gelegt habe.¹¹ Ganz in diesem Sinne hat Max Weber bereits 1904 von einem „stählernen Gehäuse“ gesprochen, in welches der moderne Mensch – unabhängig von seiner Klassenzugehörigkeit – eingespannt sei. All diese Begriffe und Metaphern beschreiben die Dialektik der Aufklärung: also die Erschöpfung neuzeitlicher Säkularisationsprozesse; den Umschlag einer aufklärerischen gesellschaftlichen Selbstverständigung, die in Nachfolge des Christentums noch auf ge-

sellschaftliche Utopien und Transzendenz bezogen war, hin zu einer rein immanenten ökonomischen Rationalität, die in ihrer Geschlossenheit und Bewußtlosigkeit wieder Merkmale der polytheistisch, mythischen Geisteslage der Vorgeschichte aufweist. So einig man sich in der Diagnose war, so sehr gingen die Bewertungen allerdings auseinander. Arnold Gehlen, dessen Verstrickung mit der nationalsozialistischen Herrschaft allgemein bekannt ist, hat diese Entwicklung sogar affirmiert. In sehr eindringlichen Worten formulierte Gehlen, daß die Institutionen in der modernen Industriegesellschaft nicht länger Orte der Freiheit sind, sondern den Menschen konsumieren und verbrennen. Gehlen beschreibt die Herrschaft der institutionellen Gewalt als permanentes Opferritual, dem er in einer Art Identifikation mit dem Angreifer sogar positive Seiten abgewinnt. *„So werden wenigstens die Menschen von ihren eigenen Schöpfungen verbrannt und konsumiert und nicht von der rohen Natur, wie Tiere. Die Institutionen sind die großen bewahrenden und verzehrenden, und uns weit überdauernden Ordnungen und Verhängnisse, in die die Menschen sich sehenden Auges hineinbegeben.“*¹² Jacob Taubes – der sich politisch von Gehlen abgrenzt – hat Gehlen Bemerkung dennoch aufgegriffen und das von ihm beschriebene Opferritual als Merkmal der Wiederkehr einer mythischen Geisteslage auf der Speerspitze der Moderne charakterisiert: *„Verbrannt und konsumiert werden die Menschen nicht nur in Auschwitz und Hiroshima, sondern das Opferritual ist permanent. Der Ausnahmefall bestätigt nur die Regel.“*¹³

»Institutionen als Gewalten, die den in sie eintretenden Menschen verbrennen und konsumieren«

Doch diese ganze Debatte, die in den zwanziger Jahren begann und schließlich in den sechziger Jahren von Adorno und Horkheimer vorläufig abgeschlossen wurde und die sich um eine religionswissenschaftliche Zuordnung der Moderne im Spannungsfeld von Monotheismus und Polytheismus bemüht, wäre ohne Webers Diagnose der modernen Industriegesellschaft als „stählernes Gehäuse“ gar nicht zu denken.¹⁴ Er begründet gewissermaßen diese Debatte. Weil seine Analyse zudem ein einzigartiges literarisches Dokument ist, soll es deshalb an dieser Stelle in ganzer Länge zitiert werden. Nachdem Weber in seiner berühmten Studie zur protestantischen Ethik, die Entstehung des kapitalistischen Geistes aus der *calvinistischen* Lebensführung hergeleitet hat, schreibt er:

„Der Puritaner wollte Berufsmensch sein, wir müssen es sein. Denn indem die Askese aus den Mönchzellen heraus in das Berufsleben übertragen wurde und die innerweltliche Sittlichkeit zu beherrschen begann, half sie an ihrem Teil mit daran, jenen mächtigen Kosmos der modernen, an die technischen und ökonomischen Voraussetzungen mechanisch-maschineller Produktion gebundenen, Wirtschaftsordnung erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelnen, die in dies Triebwerk hineingeboren werden – nicht nur die direkt ökonomisch Erwerbstä-

tigen –, mit überwältigendem Zwange bestimmt und vielleicht bestimmen wird, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist. Nur wie »ein dünner Mantel den man jederzeit abwerfen könnte« sollte nach Baxters Ansicht die Sorge um die äußeren Güter um die Schultern seine Heiligen liegen. Aber aus dem Mantel ließ das Verhängnis ein stahlhartes Gehäuse werden. Indem die Askese die Welt umzubauen und in der Welt sich auszuwirken unternahm, gewannen die äußeren Güter dieser Welt zunehmende und schließlich unentrinnbare Macht über den Menschen, wie niemals zuvor in der Geschichte. Heute ist ihr Geist – ob endgültig, wer weiß es? – aus diesem Gehäuse entwichen. Der siegreiche Kapitalismus jedenfalls bedarf, seit er auf mechanischer Grundlage beruht, diese Stütze nicht mehr. Auch die rosige Stimmung ihrer lachenden Erbin: der Aufklärung, scheint endgültigen im Verbleichen und als ein Gespenst ehemals religiöse Glaubensinhalte geht der Gedanke der Berufspflicht in unserem Leben um. Wo die »Berufserfüllung« nicht direkt zu den höchsten geistigen Kulturwerten in Beziehung gesetzt werden kann – oder wo nicht umgekehrt sie auch subjektiv einfach als ökonomischer Zwang empfunden werden muß –, da verzichtet der einzelne heute meist auf ihre Ausdeutung überhaupt. Auf dem Gebiet seiner höchsten Entfesselung, in den Vereinigten Staaten, neigt das seines religiös-ethischen Sinnes entkleidete Erwerbsstreben heute dazu, sich mit rein agonalen Leidenschaften zu

assoziieren, die ihm nicht selten geradezu den Charakter des Sports aufprägen. Niemand weiß noch, wer künftig in jenem Gehäuse wohnen wird und ob am Ende dieser ungeheuren Entwicklungen ganz neue Propheten oder eine mächtige Wiedergeburt alter Gedanken und Ideale stehen werden, oder aber – wenn keines von beiden – nicht mechanisierte Versteinering, mit einer Art von krampfhaftem Sich-wichtig-nehmen verbrämt. Dann allerdings könnten die »letzten Menschen« dieser Kulturentwicklung das Wort zur Wahrheit werden: »Fachmenschen ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz: dies Nichts bildet sich ein, eine nie vorher erreichten Stufe des Menschentums erstiegen zu haben.«¹⁵

Gehlens Opferritual der Institutionen, Adornos „Verblendungszusammenhang“ und Webers Beschreibung der modernen Gesellschaft als „stählernes Gehäuse“ stimmen in ihren Diagnosen darin überein, daß sie davon ausgehen, daß sich kulturell wie machtpolitisch ein Organisationsdarwinismus etabliert wird, dem gegenüber der einzelne Mensch, einschließlich seiner Bewußtseinsbildung nur noch Verfügungsmasse ist. Für diese Entwicklung gibt es in der jüngsten Geschichte ein vielsagendes Beispiel. Die beiden Weltkriege unterschieden sich von den vorausgegangenen Kriegen vor allem dadurch, daß nicht allein Soldaten, sondern in Form der Materialschlacht letztlich Volkswirtschaften miteinander kämpften. Deshalb wurde im zweiten Weltkrieg die Zivilbevölkerung auch als Kriegspartei bekämpft. Dieser Kampf gro-

ber und immer größerer Organisationseinheiten setzte sich im Wettrüsten des kalten Krieges ungebrochen fort und hat sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nun auf den erbarmungslosen Wettstreit aller Volkswirtschaften untereinander übertragen. So muß heute jede Volkswirtschaft, jede Organisation und damit auch jede Universität bis in ihre einzelnen Fachbereiche hinein ihre Existenzberechtigung in Rankings unter Beweis stellen. Mit dieser Rückkehr zum Naturzustand wird aber der Krieg zur paradigmatischen Form der Vergesellschaftung und damit zur einzig verbliebenen Lebensform!

»Der Krieg als einzig verbliebene Lebensform«

Ebenso wie nach Darwin die Arten einer ökologischen Nische bedürfen, um zu überleben, ebenso sollen nun auch die einzelne Universitäten und die in ihr arbeitenden Menschen durch spezielle Profilbildungen Qualifikationen erwerben, die ihnen im Konkurrenzkampf mit anderen Akteuren immer nur vorübergehend einen Vorteil verschaffen. Ähnlich wie eine Tierart am ehesten dann überlebt, wenn die Anpassung an die Umwelt möglich reibungslos verläuft, ebenso sollen in Zukunft die Universitäten als Dienstleistungskonzerne in einen reibungslosen Austauschprozeß zu ihrer Umwelt, genauer mit ihren Märkten treten.

6. Über die Folgen einer Einbindung von Lehre und Forschung in die Kapitalakkumulation

Um zu verstehen, wie diese Forderung nach einer darwinistischen Anpassung an die Außenwelt die Lehre und Forschung einer Universität verändern wird, muß man sich das Spezifische der Märkte bewußtmachen, auf die sich die Universität als Bildungskonzern nun ausrichten soll. Dies sind vor allem drei Märkte. 1.) Der Markt für Studiengänge, der vorrangig von den Studierenden nachgefragt wird. 2.) Der Arbeitsmarkt, der sowohl von der Industrie als auch von den Studierenden nachgefragt wird. 3.) Der Markt für Forschungsergebnisse, der vor allem von Seiten der Industrie nachgefragt wird.

6.1. Markt für Studiengänge

Die Behauptung, daß Studiengebühren die Studierenden stärken würden, indem es sie in die Marktrolle der Nachfragenden stellt, ist aus mehreren Gründen ein scheinhaftes Argument. Zum einen deshalb, weil Studiengebühren von 500 bis 1000 Euro pro Semester – verglichen mit dem gesamten Finanzbedarf pro Studienplatz – einen viel zu geringen Anteil an den Gesamtkosten beinhalten. Sie würden in dieser Höhe erhoben lediglich drei bis fünf Prozent der gesamten Kosten abdecken. Dieser Anteil ist aber viel zu klein, als daß die Universität durch eine wirtschaftliche Logik dazu angehalten wäre, auf die Studierenden als Kunden besondere Rücksicht zu nehmen. Durch Studiengebüh-

ren in Höhe von 500 bis 1000 Euro pro Semester würden den Studierenden höchstens subjektiv, jedoch nicht wirklich die Rolle eines Kunden annehmen. Ein Kunde wäre ein Student erst dann, wenn seine Studiengebühren einen nennenswerten Anteil an der Gesamtfinanzierung ausmachen würden. Das wäre aber erst bei Studiengebühren in Höhe von ca. 5000 bis 30.000 Euro pro Semester wirklich der Fall. Studiengebühren in dieser Höhe sind jedoch zur Zeit gesellschaftlich *noch* nicht akzeptiert. Deshalb darf die derzeitige Debatte zur Einführung von Studiengebühren in Höhe von 500 bis 1000 Euro auch nur als Türöffner zur Einführung viel höherer Studiengebühren – wie sie in den Vereinigten Staaten bereits gängig sind – gewertet werden. Denn wenn man Studiengebühren in Höhe von 500 Euro eingeführt hat, kann man mit dem Verweis auf besondere Qualität oder anderweitig eingetretene Finanzierungsnotstände nach und nach die Gebühren anheben. Langfristig wäre eine Gebührenhöhe von 5.000 – 10.000 Euro durchaus realistisch.

»Bildungskredite als moderne Variante des Lehnswesens«

Die damit zeitgleich einhergehende Einführung von Bildungskrediten würde zudem dem Bankgewerbe einen lukrativen Markt verschaffen. Außerdem ergäben sich aus der Schuldenlast nach Abschluß des Studiums für die betroffenen Studierenden besondere Strukturzwänge. Um sich von der Schuldenlast zu befreien, wären sie gezwungen, mehr Geld zu verdienen, als sie zum Leben

benötigen und wären unter Umständen sogar gezwungen, eine Karriere anzustreben, die sie sonst vielleicht nicht angestrebt hätte. Studiengebühren würden also in jedem Fall dazu führen, daß Menschen in ihrer Lebensplanung weniger frei wären. Diese Beschränkung der Freiheit ist vielleicht der eigentliche Grund, warum Studiengebühren bei Menschen mit einer autoritären Charakterdisposition besonderen Anklang finden. Ja, die Abhängigkeit, welche durch die Schuldenlast von bis 100.000 Euro und mehr für ein fünfjähriges Studium hergestellt wäre, kann man grundsätzlich als eine moderne Variante des Lehnswesens bezeichnen. Denn ganz genauso wie im mittelalterlichen Feudalismus wäre der normale Bürger gezwungen, zur bloßen Sicherung seiner materiellen Existenz eine Schuld auf sich zu nehmen, die ihn für die wichtigsten Jahre seines Lebens bindet. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß Studiengebühren Bildung von einem im Grunde genommen öffentlichen Gut in ein privates umdefinieren würden.

Doch bei näherer Betrachtung bricht die in allen Debatten vorherrschende Logik, die Universitäten durch die unsichtbare Hand des Marktes qualitativ zu verbessern, schon im Ansatz in sich zusammen: Nämlich die Behauptung, Studierende würden durch Studiengebühren Nachfragende auf einem Markt für Studiengänge. Dieses Argument ist auch deshalb irreführend, weil man einen Studiengang, bevor man ihn nicht studiert hat, ja gar nicht wirklich kennen kann. Damit die Konkurrenz auf dem Markt wirklich die Qualitätssteigerung eines Produkts bewirken kann, muß der Kunde allerdings

über genügend Informationen zur Bewertung des Produkts verfügen. Die Vorstellungen, die ein Schulabgänger aber von einem Studiengang hat, sind jedoch von Vorurteilen und falschen Vorstellungen geprägt, die sich dann in der Regel im Laufe eines Studiums auflösen. Man steht also vor dem Paradox, daß der Schulabgänger als Kunde auf dem Bildungsmarkt ein Produkt nachfragen soll, das er seinem eigenen Status gemäß noch gar nicht kennen kann. Was also Schulabgänger auf einem Bildungsmarkt allenfalls nachfragen könnten, wären Klischeevorstellungen eines Studienganges, nicht aber dieser selbst. Die Ausrichtung eines Studienfaches nach einem nach außen leicht zu kommunizierenden Image, das Abiturienten nicht sofort abschreckt, könnte allerdings leichter dazu führen, daß der wissenschaftliche Anspruch eines Studienganges am Maßstab seiner Kommunizierbarkeit gemessen wird. Kommunizierbar sind aber vor allem Inhalte, die zur Warengesellschaft nicht in einem unmittelbaren Widerspruch stehen, während der eigentliche Inhalt von Wissenschaft fast durchgängig im Widerspruch zu gesellschaftlich vermittelten Vorstellungen steht. Die Grundvoraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit bestimmte Gegenstände oder Produkte auf einem Markt gehandelt werden können, sind also bei Studiengängen in keinsten Weise gegeben.

»Die Einführung des Wellness-Faktors an den Universitäten«

Um diesen Mangel auszugleichen, könnten sich Universitäten dazu veranlaßt se-

hen, die Fremdheit, die ein Schulabgänger gegenüber einem Studiengang naturgemäß empfinden muß, durch die Einführung eines tendenziell infantilen Wellness-Faktors auszugleichen. Maßnahmen dieser Art – etwa das Verteilen putziger Doktorhüte, Initiationsrituale nach jeder größeren Prüfung oder eine Partykultur, die nahtlos an die Schulzeit anschließt – würden vielleicht von einigen Studierenden als Kunden nachgefragt. Denn dieser Kunde kann ja nur nachfragen, was er kulturell bereits kennt. Die spezielle intellektuelle Atmosphäre, die an einer Fakultät vorherrscht, kennt er zunächst jedoch nicht, denn sie erschließt sich einem erst nach längerer Zeit, und im ersten Moment fühlt man sich durch sie nicht selten verunsichert und könnte deshalb dazu neigen, sie zunächst negativ zu bewerten. Die Marktmechanismen, denen man heutzutage so vieles zutraut, könnten deshalb leicht dazu führen, daß ein bestimmtes intellektuelles Klima durch sie sogar als negativ bewertet werden würde. Von dieser Atmosphäre geht aber in wesentlichem Maße eine erzieherische Wirkung aus, die ein Studiengang auf angehende Studierende ausübt. Es wird damit also deutlich, daß sehr wesentliche Eigenschaften einer Universität von den Marktmechanismen nur schwerlich bis gar nicht erfaßt werden und deren Etablierung aller Voraussicht nach so zu einer Verschlechterung des Studiums führen dürfte.

»Das Verteilen putziger Doktorhüte, Initiationsrituale nach jeder größeren Prüfung

oder eine Partykultur, die nahtlos an die Schulzeit anschließt«

6. 2. Der Arbeitsmarkt

Am deutlichsten lassen sich die gesellschaftspolitischen Folgen der Pläne des CHE anhand der Ausrichtung des Universitätsstudiums auf den Arbeitsmarkt beurteilen. Der kausale Zusammenhang, der sich hier ergibt, wird nicht direkt durch Nachfrage bedingt. Natürlich kann man darauf verweisen, daß die meisten „think tanks“, die derzeit Konzepte zur Umgestaltung der Universitäten vorlegen und von denen das CHE nur eines unter mehreren ist, häufig von der Wirtschaft finanziert werden. Doch der Zusammenhang zwischen Kapitalinteressen und der kulturellen Reproduktion der Subjekte ist weit komplizierter und kann hier nur teilweise Gegenstand der Analyse sein. Hier soll in erster Linie danach gefragt werden, welcher Subjekttypus, welcher Menschentypus, welche Identität und Form der Lebensführung durch die Ausrichtung des Universitätsstudiums auf den Arbeitsmarkt befördert und welche umgekehrt behindert werden? Und in welcher Weise könnte sich durch die Reform des Universitätsstudiums das Selbstverständnis des einzelnen Menschen und damit das der gesamten Gesellschaft ändern?

Max Weber hatte in seiner berühmten Studie *„Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“* ein Phänomen aus dem Arbeitsalltag beschrieben, anhand dessen sich das Verhältnis von Kapitalismus und Gesellschaft gut verstehen läßt. Demnach wurden in der Frühphase des Kapitalismus

oft Versuche unternommen, die Wirtschaftsleistung des Arbeiters zu erhöhen, indem man den Akkordlohn anhob. Man hoffte auf diese Weise den meist noch durch eine traditionalistische Kultur geprägten Arbeiter daran zu interessieren, mehr und länger zu arbeiten als bisher. Merkwürdigerweise war der Effekt dieser Maßnahme aber häufig gegenteilig. Die Arbeitsintensität des Arbeiters nahm bei höherem Lohn ab statt zu. Denn dieser nutzte den erhöhten Stundenlohn nicht, um sein Monatseinkommen zu steigern, sondern verwendete ihn vielmehr, um überhaupt insgesamt weniger zu arbeiten.

»Weber entdeckte eine entscheidende Grundaporie des Kapitalismus«

Daran wird ein grundsätzlicher Widerspruch deutlich, in dem der Kapitalismus zu den Lebensinteressen der Menschen steht. Denn der Kapitalismus muß seiner inhärenten Gesetzmäßigkeit nach immer einen Überschuß über die Sicherung der Grundbedürfnisse hinaus erzielen. Denn *„der Mensch will von Natur nicht Geld und mehr Geld verdienen, sondern einfach leben, so leben wie er zu leben gewohnt ist und soviel erwerben, wie dazu erforderlich ist. Überall, wo der moderne Kapitalismus sein Werk der Steigerung der »Produktivität« der menschlichen Arbeit durch Steigerung ihrer Intensität begann, stieß er auf den unendlich zähen Widerstand dieses Leitmotivs präkapitalistischer wirtschaftlicher Arbeit, und er stößt noch heute überall um so mehr darauf,“*¹⁶ als daß die Umerziehung des Menschen zu einem Subjekt, das den Sinn seines Lebens

in den Dienst der Gewinnmaximierung stellt, sich nie auf Dauer durchsetzen läßt. Immer wieder ist der moderne Kapitalismus auch in den hochentwickelten technologischen Gesellschaften mit Menschen konfrontiert, die die Arbeit zunächst als ein bloßes Mittel zum Zweck ansehen. Und der Zweck ist die Befriedigung ihrer elementaren Bedürfnisse, ein möglichst hohes Maß an freier Zeit und Vergesellschaftung. Der Kapitalismus gleicht also einem Parasit auf dem Sozialkörper, der diesen zwecks Ausbeutung immer wieder von seinen natürlichen Interessen ablenken muß. Seiner inhärenten Logik zufolge ist sein letzter Zweck nicht das „gute Leben“ oder die Stabilität des Sozialgefüges, sondern die Erwirtschaftung eines Mehrwerts. Auf diese Weise ist der Kapitalismus darauf angewiesen, den Menschen in gewisser Weise umzuerziehen, ihn von den natürlichen Interessen seines Lebens abzulenken. Denn stünden ihm nur Arbeiter zur Verfügung, die ihre Tätigkeit als Mittel zum Zweck betrachteten, käme seine wirtschaftliche Dynamik alsbald zum Erliegen. Seine inhärente Gesetzmäßigkeit erfordert es, daß der Mensch seine Arbeit nicht nur als ein notwendiges Übel ansieht, sondern bereit ist, seine Erwerbstätigkeit selbst zum zentralen und damit identitätsstiftenden Sinn und Zweck seines Lebens zu machen. Denn nur mit Menschen, die bereit sind, eine starke und lebensbestimmende Identifikation mit ihrer Erwerbsarbeit einzugehen, kann das kapitalistische Wirtschaftssystem auf Dauer den Überschuß produzieren, auf dem seine gesamte Dynamik beruht.

»Der Kapitalismus gleicht also einem Parasit auf dem Sozialkörper«

Eine solche lebensbestimmende Identifikation mit der Berufstätigkeit war für Max Weber in der protestantischen Ethik bereits lange vor dem Kapitalismus angelegt, weshalb sich der Kapitalismus in England, den USA und den protestantischen Gebieten Deutschlands geradezu explosionsartig entfalten konnte. Im katholischen Italien, Spanien und Lateinamerika hingegen ist bis heute ein traditionelles Verhältnis zur Arbeit vorhanden, wonach man arbeitet um zu leben, nicht aber lebt um zu arbeiten. Und so verwundert es nicht, daß in diesen Regionen der Welt die Korruption zwar sehr leicht, der Kapitalismus dagegen bis heute nur schleppend Fuß fassen konnte und bis heute nicht so erfolgreich ist.

Aus Webers Analyse geht also hervor, daß der Kapitalismus sich erst dann wirklich entwickeln kann, wenn er ein traditionelles Verhältnis zu Arbeit und Lebensführung aufgehoben bzw. zurückgedrängt hat. Was aber bedeutet dies für die Umstrukturierung der Universitäten in Dienstleistungskonzerne? Beförderte etwa die derzeitige Struktur der Universitäten ein traditionelles Verhältnis zu Arbeit und Lebensführung? Schließlich liegt ja der Humboldtschen Idee der Universität ein humanistisches Menschenbild zugrunde. Oberstes Ziel der universitären Bildung war geistige Autonomie. Und auch heute ist das Studium an deutschen Universitäten immer noch so konzipiert, daß jeder Studierende mehr oder weniger solange studieren kann,

wie er oder sie es für richtig hält, also das Studium nach Kriterien der Selbstbeziehung gestalten darf. Und der hohe Grad an Selbstorganisation, den das Studium an deutschen Universitäten im Unterschied zum Ausland dem Einzelnen bis heute abverlangt, bringt es mit sich, daß das Studium nicht nur formal mit einer Magister- oder Diplomprüfung beendet wird, sondern darüber hinaus der einzelne Studierenden sich selbständig ein Thema, eine Fragestellung, ein Interessengebiet erschließt, das dann nicht selten für sein gesamtes weiteres geistiges Leben bestimmend bleibt. So ist das Studium in Deutschland zumindest seiner Tradition nach bis heute darauf angelegt, daß der Einzelne sich über eigenständiges Forschen in ein autonomes Verhältnis zur politischen und historischen Wirklichkeit seiner Zeit stellen kann. Bis in die späten neunziger Jahre hinein gab es in geisteswissenschaftlichen Studiengängen keinen vorgegebenen Stundenplan oder Regeln der Anwesenheitspflicht. Erst seit ein paar Jahren wird im Zuge der Einführung von Bachelor und Master eine systematische Verschulung des geisteswissenschaftlichen Studiums durchgeführt, was mit strengen Reglementierung der Wahl und Aneignung von Lerninhalten einhergeht. Die heute so verbreitete Vorstellung, auch soziale Interaktion einem Rationalisierungsprozeß unterziehen und dementsprechend Lerninhalte messen zu können, dürfte zu einer dramatischen Verschlimmbesserung der heutigen Zustände führen. Tiefes inhaltliches Verstehen, die dauerhafte und bleibende Aneignung geisteswissenschaftlicher Zusammenhänge braucht nun einmal Zeit.

Und ein von Klausuren, Evaluationen und Anwesenheitspflichten strukturiertes Studium dürfte das denkbar wirkungsvollste Mittel sein, solche Formen des Lernens zu verhindern.

Nichtsdestotrotz bleibt zu Fragen, warum die unverschulte Form des Studiums sich fast bis in die Gegenwart hat halten können? Offenbar hat die dabei erworbene Befähigung, selbständig Themen aufzugreifen und Identifikationen einzugehen, lange Zeit nicht im grundsätzlichen Widerspruch zum kapitalistischen Geist gestanden, wie Weber ihn versteht. Und in der Tat hatte die deutsche Wirtschaft gerade in der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg einen hohen Bedarf an überdurchschnittlich gebildeten Menschen. Noch bis in die achtziger Jahre versuchte man durch den Ausbau der Universitäten und durch universitäre Neugründungen – durchaus mit volkswirtschaftlichem Kalkül – „Bildungsreserven auszuschöpfen“. Auch heute klagt die Wirtschaft regelmäßig über den Mangel an qualifizierten Kräften. Und doch wird die Selbstorganisation des Studiums in Deutschland plötzlich als innovationsfeindlicher Nachteil wahrgenommen. Was hat sich seitdem geändert?

Bis in die achtziger Jahre hinein herrschte in der Wirtschaft eine Arbeitsorganisation vor, die es in der Regel mit sich brachte, daß man mit seiner Anstellung eine Karriere innerhalb eines Unternehmens begann und lebenslang Mitglied eines Konzerns oder einer Firma blieb. Oft folgte dabei der berufliche Aufstieg bestimmten Normen und Vorgaben. So bekam man beispielsweise mit steigendem Alter automatisch auch ein höheres Gehalt.

Die Qualifikationen, nach denen man eingestellt, bezahlt und befördert wurde, ließen sich an objektiven Kriterien wie Abitur, Universitätsabschluß, Dokortitel, etc. messen. Flächendeckende Tarifverträge und ein durch sie erzielt Gleichgewicht zwischen Gewerkschafts- und Unternehmerinteressen sorgten für die Vergleichbarkeit der Entlohnung einer beruflichen Tätigkeit zwischen unterschiedlichen Regionen und Unternehmen. Die gesamte Arbeitsorganisation zielte bis in die achtziger Jahre hinein darauf ab, das Verhältnis zwischen Unternehmen und Angestellten zu verobjektivieren. Die finanzielle Entlohnung eines Angestellten nach objektiven Kriterien wie Abitur, Hochschulabschluß usw. ermöglichte es zudem, eine größtmögliche Trennung zwischen beruflicher Qualifikation und privater Persönlichkeitsbildung zu gewährleisten. Aufgrund dieser Trennung von Berufssphäre und Privatsphäre stand diese Form der Arbeitsorganisation grundsätzlich nicht in einem Widerspruch zu einem Hochschulstudium, das neben beruflichen Qualifikationen auch politische Aufklärung und eine der Persönlichkeitsbildung dienende Selbstorganisation des Studiums zuließ.

»Doch seit den 80er Jahren hat sich die Arbeitsorganisation massiv verändert«

Doch seit den späten achtziger und in den gesamten neunziger Jahren hat sich die Arbeitsorganisation in der Wirtschaft grundlegend geändert. Während die einfache industrielle Arbeit zunehmend nach Osteuropa oder in

die Dritte Welt ausgelagert wird, sind für höhere organisatorische und kreative Tätigkeiten neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden. Der flächendeckende Tarifvertrag und objektivierbare Maßstäbe, nach denen Mitarbeiter angeworben und befördert werden, sind auf diese Weise nach und nach ausgehöhlt worden. Die Anstellung von Arbeitern und Angestellten erfolgt heute in der Regel nur noch befristet. Niemand kann mehr damit rechnen, in dem Unternehmen, welches ihn eingestellt hat, eine lebenslange Karriere zu machen. Die gesamte Arbeitsorganisation, die sich gegenwärtig etabliert, bietet nur noch für befristete Zeiträume Sicherheit. Die Menschen werden immer häufiger lediglich zur Bewältigung einzelner Projekte angeworben, mit deren Beendigung auch ihr Arbeitsverhältnis endet. Gleichzeitig ist die Hierarchie in den Unternehmen deutlich flacher geworden. Zwischenmenschliche Vertrauensverhältnisse sind an die Stelle hierarchischer Befehlsketten getreten. Die vertraglich geregelten Kriterien, nach denen früher Menschen eingestellt wurden, sind dementsprechend auch zunehmend durch *networking* ersetzt worden. Für das berufliche Fortkommen wird es immer wichtiger, wen man kennt und welche Kontakte man zu knüpfen imstande ist. Um Teil eines „Netzwerkes“ zu werden, in welchem ein berufliches Fortkommen möglich ist, ist es aber notwendig, wiederum an Projekten mitzuarbeiten und bei der Bewältigung der gestellten Aufgaben zudem noch durch besonderes Engagement und Identifikationsbereitschaft aufzufallen.

»Ausbeutung sozialer Eigenschaften«

In gewisser Weise läuft diese neue Form der Arbeitsorganisation auf eine permanente organisierte Unsicherheit hinaus, die den einzelnen aufgrund der befristeten Arbeitsverhältnisse stets zu maximaler Selbstaussbeutung antreibt, um so nach Beendigung des Projekts eine erneute Anstellung wahrscheinlicher zu machen. Da für das berufliche Fortkommen zunehmend *networking* und damit soziale Eigenschaften, wie Kontaktfreude, Sympathie, Ausstrahlung, Aussehen und Selbstbewußtsein wichtig werden, ist die für die Arbeitsorganisation der Nachkriegszeit typische Trennung von Berufssphäre und Privatsphäre quasi aufgehoben.¹⁷

»In der Nachkriegszeit erforderten organisatorische Arbeitsprozesse ein Mindestmaß an Autonomie«

War früher das Verhältnis zwischen dem Chef und dem Angestellten vertraglich bis zur Höhe der Bezahlung und der zustehenden Urlaubstage geregelt, so beruht der neue Typus der Arbeitsorganisation auf *teamworking* und flachen Hierarchien. Man ist mit seinem Chef quasi befreundet, feiert zusammen Partys und wird zu einem neuen Arbeitsverhältnis auch manchmal nur per Handschlag verpflichtet. Auf diese Weise gerät man in die Situation, seinem Chef oder Mitarbeitern nichts abschlagen zu können, auf seine Rechte und Ansprüche um der lieben Freundschaft willen großzügig zu verzichten, da man die Erwartungen nicht enttäuschen möchte, die einem der Vorgesetzte und die

übrigen Mitarbeiter als sozial nahestehende Menschen entgegenbringen. Durch diese neue Form der Arbeitsorganisation läßt sich insofern die Profitrate dramatisch erhöhen, als daß auf diese Weise ein Engagement der Mitarbeiter freigesetzt werden kann, das früher einzig und allein für die Familie und die Privatsphäre kennzeichnend war. Die Tücke dieser neuen Organisationsstrukturen, die gewissermaßen im Gewande der Liberalisierung und Auflösung starrer Strukturen etabliert worden sind, besteht in der Ausbeutung sozialer Eigenschaften. Tugenden, wie zwischenmenschliche Verbindlichkeit, Vertrauen oder die Fähigkeit, in anderen Menschen Sympathie und Wohlwollen zu wecken, werden plötzlich gezielt und geplant in die Kapitalakkumulation einbezogen. Der Arbeiter oder Angestellte, der sich selbst als Ware auf dem Arbeitsmarkt feilbieten muß, muß seinen Warenwert nun nicht nur allein anhand erworbener beruflicher Qualifikationen unter Beweis stellen. Sondern darüber hinaus werden auch sein Alter und Geschlecht, sein Aussehen und seine Ausstrahlung, sein Lebenslauf und seine Weltanschauung unmittelbar in den Preis mit einbezogen, den seine Arbeitskraft als Ware auf dem Arbeitsmarkt erzielt.

»Wenn soziale Eigenschaften aber genauso ein Rohstoff für die Kapitalakkumulation geworden sind wie berufliche Qualifikationen, dann kann die Persönlichkeitsbildung nicht mehr allein der Selbstorganisation der Studierenden überlassen bleiben.«

Insofern es in der Arbeitsorganisation der Gegenwart gar nicht mehr allein die Arbeitskraft ist, die ausgebeutet wird, sondern darüber hinaus auch zunehmend soziale Eigenschaften, ja die gesamte Persönlichkeitsstruktur eines Menschen, kann auch das Studium aus der Perspektive des Kapitalismus nicht mehr anhand der Humboldtschen Universitätsidee gestaltet werden. Denn diese hatte ja die Persönlichkeitsbildung dem Studierenden insofern selbst überlassen, als daß dieser die Dauer und Organisation seines Studiums weitgehend selbst bestimmen konnte und so Freiraum für die Ausbildung eigenständiger Interessen hatte. Wenn soziale Eigenschaften aber genauso ein Rohstoff für die Kapitalakkumulation geworden sind wie berufliche Qualifikationen, dann kann die Persönlichkeitsbildung, die innerhalb eines Studiums erfolgt, nicht mehr allein der Selbstorganisation der Studenten überlassen bleiben. Während von den fünfziger bis in die achtziger Jahre hinein durch die Trennung von Berufssphäre und Privatsphäre der geistige Horizont und die Weltanschauung eines Mitarbeiters dem Unternehmen mehr oder weniger egal waren, so müssen sich in der neuen Form der Arbeitsorganisation auch diese Eigenschaften den Unternehmensinteressen unterordnen bzw. anpassen. Und zwar nicht im Sinne einer Autorität, die bestimmte Meinungen und Anschauungen verbieten würde, sondern vielmehr durch die Etablierung eines Zwangs zur Vergesellschaftung innerhalb des Arbeitsteams, das eine bestimmte Form von Individualismus und geistiger Autonomie von vornherein ausschließt.

Nun versteht sich von selbst, daß diese neue Form der Ausbeutung sozialer Eigenschaften nicht bei jedem Menschen gleichermaßen erfolgversprechend ist. Denn ein Mensch, der eine Scheinfreundschaft mit seinem Chef eingeht und sich durch ein Vertrauensverhältnis binden läßt, darf dafür weder zu alt sein noch sollte er über eine allzu gefestigte Persönlichkeitsstruktur verfügen. Denn jemand, dessen Identitätsentwicklung zum Abschluß gekommen ist, der also weiß, wer er ist und was er im Leben möchte, wird sich schwer durch vermeintliche Vertrauensverhältnisse und sozialen Druck des Arbeitsteams in ein Abhängigkeitsverhältnis begeben, welches ihn zur maximalen Identifikation mit dem Inhalt eines Projekts nötigt. Als Faustregel kann also gelten, daß die Ausbeutung sozialer Eigenschaften bei einem Menschen um so leichter fällt, in desto geringerem Maße seine Persönlichkeitsstruktur ausgebildet ist. Je weniger die Identität des Menschen gefestigt ist, in desto größerem Maße fühlt er sich verpflichtet, an ihn gerichtete Erwartungen zu erfüllen und desto wichtiger ist es für ihn, innerhalb eines Arbeitsteams Anerkennung zu bekommen.

»Als Faustregel kann also gelten, daß die Ausbeutung sozialer Eigenschaften bei einem Menschen um so leichter fällt, in desto geringerem Maße seine Persönlichkeitsstruktur ausgebildet ist.«

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum das in Deutschland etablierte und auf Selbstorganisation und Persön-

lichkeitsbildung hin ausgelegte Universitätsstudium mit den neuen Arbeitsformen unvereinbar ist. Denn ein Mensch, der bis zu seinem 28. oder 30. Lebensjahr intensiv studiert hat, sich dabei mit politischer Theorie, kritischer Wissenschaft und mit Fragen der Kunst und Philosophie auseinandergesetzt hat, wäre denkbar ungeeignet, um eine Identifikation mit einem meist sinnlosen Projekt einzugehen. Die Forderungen des CHE, das Abitur bereits mit 17 bis 18 Jahren zu absolvieren, um dann mit 21 oder spätestens mit 23 Jahren die Universität mit einem Bachelor-Abschluß wieder zu verlassen, bekommt plötzlich einen tieferen Sinn. Denn ein Bachelorstudiengang, der durch seine verschulte Organisation im wesentlichen eine Fortsetzung der Schule darstellt, wäre nämlich geeignet, Menschen hervorzubringen, deren Reflexionen weder zu einem politischen Überblick noch zu einer tieferen Einsicht in die eigentlichen Intentionen ihrer Lebensplanung gelangt sind und deren Identität infolgedessen schwach genug wäre, um eine 150 % Identifikation mit einem Projekt und ihrem Arbeitsteam einzugehen. Denn im Alter von 21 bis 22 Jahren ist die Identität eines Menschen in den meisten Fällen noch nicht voll ausgebildet und in diesem Sinne nach den Maßgaben der Erwerbsarbeit besonders nachhaltig formbar.

Die Umerziehung des Menschen, die Max Weber dem Kapitalismus noch am Beispiel der Akkordlöhne als Wesenszug nachgewiesen hatte, hat sich seit der Analyse Webers tiefgreifend verfeinert. Sicherlich sind die neuen Formen der Ausbeutung sozialer Eigenschaften aber auch eine Reaktion dar-

auf, daß die Motivation der Menschen, ausschließlich für ihren Beruf zu leben, in den letzten Jahrzehnten nachgelassen hat. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil der Wohlstand der Nachkriegszeit neue Formen der Lebensführung mit sich brachte. Sondern auch, weil die neuen Produkte und Marktnischen, auf deren Produktion und Erschließung das Wachstum der letzten 20 Jahre vorrangig basierte, mit nüchternem Blick immer sinnloser erscheinen. Mit dem Aufbau der zerstörten Städte nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich jeder Mensch unmittelbar identifizieren. Doch seit 20 Jahren leben wir in einem Wirtschaftssystem, indem alles im Überfluß vorhanden ist. Welchen Sinn macht es, zu den 83 Fruchtsaftgetränken, die grob geschätzt derzeit auf dem Markt sind, ein 84. hinzuzufügen. Selbstverständlich gibt es sinnvolle Tätigkeiten. Aber der Anteil an wirklich wichtigen und unentbehrlichen Produkten am Wirtschaftswachstum nimmt kontinuierlich ab. Der Kapitalismus hat einen Entwicklungsgrad erreicht, in dem alles Wesentliche vorhanden ist und die fortgesetzte Steigerung der Produktivität darauf verwendet werden könnte, die Arbeitszeit insgesamt deutlich zu kürzen und so Freiräume für eine Kultur jenseits der Arbeit und auch jenseits des Konsums zu schaffen.

»Macht es wirklich Sinn für ein Unternehmen zu arbeiten, das Klingeltöne herstellt?«

Doch statt dessen folgt die Volkswirtschaftslehre der weltfremden Annahme die Konsumbedürfnisse der Menschen ließen

sich bis ins Unendliche steigern. Und so wird die kontinuierliche Anhebung der Produktivität darauf verwendet immer unsinnigere Produkte und Dienstleistungen zu erfinden. Der Aufbau eines zerstörten Landes mochte jedem arbeitenden Menschen noch sinnvoll erscheinen, doch welchen Sinn hat die Etablierung der 30. oder 40. Frauenzeitschrift? Welche Lebensrechtfertigung kann ein Werbetexter in seiner Arbeit sehen? Macht es wirklich Sinn für ein Unternehmen zu arbeiten, das Klingeltöne herstellt? Die Entwicklung neuer Medikamente mag in einigen Fällen eine sinnvolle Tätigkeit darstellen, doch wie sinnvoll ist es, wenn ein Mensch seine Lebenszeit darauf verwendet, eine Marke zum Label aufzubauen. Hat es denn die Menschheit wirklich weiter gebracht, wenn ein bis dahin unbekannter Firmenschriftzug sich schließlich durch massive Werbung in das Gedächtnis der Menschen eingepreßt hat und infolgedessen der Börsenwert des Unternehmens steigt? Es hilft alles nichts! Man muß einfach konstatieren, daß ein immer größerer Anteil der geleisteten Arbeit im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus von akuter Sinnlosigkeit bedroht ist. Immer weniger Menschen haben in ihrem Leben das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun, die Gewißheit, daß ihre Arbeit für das Gemeinwohl wichtig ist. Selbstverständlich schlägt sich das dämpfend auf die Arbeitsmotivation nieder. Und die neuen Formen der Arbeitsorganisation, die allesamt versuchen, den Menschen durch Vertrauensverhältnisse und soziale Bindungen innerhalb des Arbeitsteams dazu zu bringen eine Identifikation mit einer meist sinnlosen Tätigkeit

einzuweichen, sind gewissermaßen Reaktionen darauf, daß sich die Arbeit im postindustriellen Kapitalismus nicht mehr von selbst versteht, weil sie sich sowohl praktisch als auch der Idee nach immer weiter von einem gesamtgesellschaftlichen Fortschrittsglauben abgekoppelt hat. Und dieser Bankrott aller Fortschrittsutopien dürfte vielleicht auch der heimliche Grund dafür sein, daß der Neoliberalismus im wesentlichen mit den Mitteln der Krisenbeschwörung seine Gefolgschaft mobilisiert.

Doch auch dieses Problem wird durch die Umstrukturierung der Universitäten nach den Vorstellungen des CHE gleich mitgelöst. Denn eine durch Einführung des Bachelors bewirkte Absenkung des Bildungsniveaus könnte auch in Zukunft den Kapitalismus davor schützen, daß ihm die Frage nach dem Sinn seines rein technologischen Fortschritts, auf die er nicht zu antworten weiß, gestellt wird. Auf diese Weise schafft sich der Neoliberalismus die Gesellschaft, der er zu seiner illegitimen Fortexistenz bedarf.

6.3. Forschungsmarkt

Der dritte Markt, den die Universität als Dienstleistungsunternehmen zu bedienen hat, ist der Markt für Forschungsergebnisse. Er wird besonders in den Natur-, Sozial-, und Wirtschaftswissenschaften von der Industrie nachgefragt. Die dem zugrundeliegende Idee ist die, daß die Universität im Verbund mit einzelnen Konzernen ihre Forschungsschwerpunkte festlegt. Danach ist eine Universität besonders erfolgreich,

wenn ein möglichst großer Anteil ihrer Forschungsergebnisse eine unmittelbare Anwendung in der Entwicklung und Fertigung von Gütern findet. Welche Folgen eine derartige Ausrichtung der universitären Forschung auf die Bedürfnisse der Industrie haben könnte, ist eine der wenigen kritischen Einwände, die – man höre und staune – hier und da in der Öffentlichkeit tatsächlich Erwähnung gefunden haben. Nämlich, daß dies zur Folge hätte, daß die Grundlagenforschung abnehmen, während die anwendungsorientierte Forschung entsprechend zunehmen würde, da nur sie sich wirtschaftlich rentiert. Der Industrie geht es dabei unter anderem auch um eine Verbilligung der Forschung, da Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter in der Regel für ein äußerst geringes Gehalt zu arbeiten bereit sind. Des weiteren dient eine engere Verflechtung zwischen Unternehmen und Universität auch dazu, daß sich zwischen deren Mitgliedern Netzwerkstrukturen ausbilden, die ja für die neuen Formen der Arbeitsorganisation grundlegend sind. Schließlich ist zu befürchten, daß kritische Erwägungen hinsichtlich des Gebrauchs der Wissenschaften – also Wissenschaftskritik – an den Universitäten nur noch einen sehr begrenzten bzw. gar keinen Ort mehr haben könnte. Denn es ist anzunehmen, daß eine Universität, die z. B. mit einem großen Pharmakonzern zusammenarbeitet, es sich schlichtweg nicht erlauben kann, die Forschungsvorhaben dieses Konzerns kritisch zu hinterfragen. Es ist außerdem bekannt, daß es eine gängige Methode von Lobbygruppen ist, durch die Publizierung von selbst in Auftrag gegebenen – also gekauften

– Forschungsergebnissen, eigene Interessen durchzusetzen. So beispielsweise der Fall einer Batteriefirma, die – um das Verbot von cadmiumhaltigen Batterien zu verhindern – versuchte, durch selbst in Auftrag gegebene Forschungsergebnisse zu beweisen, daß Cadmium weniger schädlich sei, als allgemein angenommen.

»Nicht undenkbar wäre, daß die Autonomie der Wissenschaften an ihr historisches Ende gelangt«

Derart interessengeleitete Forschung könnte bei einer stärkeren Verflechtung mit der Industrie auch an der Universität möglich werden. Würde die Universität auf den ständigen Zufluß von Drittmitteln angewiesen sein und ihre Forschungsergebnisse auf einem Forschungsmarkt anbieten müssen bzw. lediglich in Kooperation mit einzelnen Konzernen forschen können, so ist davon auszugehen, daß damit die Autonomie der Wissenschaften sehr stark eingeschränkt werden dürfte, wenn sie nicht sogar historisch an ihr Ende gelangte. Entscheidend ist dabei nicht nur eine von der Hochschulleitung ausgeübte Zensur, sondern in ebenso großem Maße eine freiwillige Selbstzensur der Wissenschaftler, die aufgrund ihrer Einbindung in bestimmte Organisationsstrukturen und Forschungseinrichtungen sich schlichtweg nicht trauen, von der herrschenden Kultur abzuweichen. Denn die Ausrichtung der Industrie auf einen industriellen Forschungsmarkt würde zwangsläufig zu einer immer stärkeren Vernetzung zwischen Konzernen und Universität führen, so daß am Ende gar

nicht mehr erkennbar ist, wo die Interessen der Universität beginnen und die eines Wirtschaftsunternehmens aufhören. So ist es beispielsweise ein Merkmal der Wirtschaft der Gegenwart, daß die Grenzen zwischen dem Hauptkonzern und seinen Zuliefererbetrieben zunehmend diffus werden. In ganz ähnlicher Weise würde auch die fortschreitende Vernetzung zwischen Universität und Industrie dazu führen, daß die Grenzen zwischen beiden verschwimmen, weil die Industrie ihre Forschungsvorhaben in wachsendem Maße an die Universität auslagert. Aus dieser Vermischung der Funktionen und Interessen könnte zu guter Letzt eine viel wirkungsmächtigere Zensur erwachsen, als die, die im klassischen Sinne von oben verordnet wäre.

»Aus der Vermischung der Funktionen könnte schließlich eine viel wirkungsmächtigere Zensur erwachsen.«

Daß der damit bewirkte Verlust an Autonomie der Wissenschaften durchaus erwünscht und beabsichtigt ist, zeigen auch weitere Argumentationen des CHE. So fordert Detlef Müller-Böling, daß die einzelnen Wissenschaften sich nicht wie bisher ausschließlich anhand der Logik ihrer jeweiligen Disziplinen fortentwickeln dürften, sondern sich zudem auch einer Bewertung von Seiten gesellschaftlicher Interessengruppen unterziehen müßten. Denn bislang war es so, daß die Forschungen einer Disziplin nur von Forschern derselben Disziplin bewertet und beurteilt werden konnten. Ob die Forschungsarbeit eines Politikwissenschaftlers wertvoll

ist, obliegt somit ausschließlich dem Urteil anderer Politikwissenschaftler, jedoch nicht etwa dem Urteil eines Politikers. Die darauf begründete Autonomie der Wissenschaften möchte das CHE zugunsten von *stakeholder-Interessen* und *Forschungsk Kooperationen* im Rahmen von *public-private partnerships* stark einschränken, wenn nicht sogar auflösen. Zudem soll die *Forschungstätigkeit* eines Wissenschaftlers durch regelmäßig erneuerte Zielvereinbarungen überprüfbar gemacht werden. Schließlich wird vom CHE gefordert, daß sich die *Forschungstätigkeit* eines einzelnen Wissenschaftlers in die *Profilbildung* der gesamten Universität harmonisch einfügen muß. Ein Wissenschaftler, der sich dem herkömmlichen *Wissenschaftsethos* verpflichtet fühlt und infolgedessen zu eigenständig seinen Interessen nachgeht, könnte damit das Bemühen des Hochschulmanagements um ein einheitliches Profil der Hochschule stören und durcheinanderbringen. Das Hochschulemanagement könnte sich genötigt sehen, einen solchen Forscher im Interesse des Ansehens der Universität bei einzelnen Konzernen sowie in der Öffentlichkeit zu entlassen. Außerdem ist vorgesehen, daß der *Kostenfaktor* von Forschungen als Maßstab zur Bewertung von wissenschaftlicher Arbeit herangezogen werden soll. Je mehr ein Wissenschaftler – dieser Logik folgend – publiziert, desto billiger ist jede einzelne Publikation. Schließlich soll die *Qualität* von Forschungsergebnissen nach *automatisierten* Verfahren gemessen werden, etwa nach der Anzahl der zitierten Autoren. Auf diese Weise müssen sich alle Professoren einer Universität immer wieder erneuerten

Rankings aussetzen und stehen damit unter einem niemals endenden Konkurrenzdruck.

»Man darf nicht vergessen, daß sich die Neuzeit letztlich der Autonomie der Universitäten verdankt«

All diese Maßnahmen werden zwangsläufig dazu führen, daß der *Konformitätsdruck*, der auf jeder einzelnen Veröffentlichung lastet, stark zunehmen wird. Experimentierendes und provokantes Denken sowie eine gewisse Resistenz gegenüber dem Zeitgeist könnte sich auf diese Weise als Risiko erweisen, das immer weniger Wissenschaftler einzugehen bereit sind. Insbesondere von dieser letzten Entwicklung werden nicht nur die *Naturwissenschaften*, sondern in besonderem Maße die *Geisteswissenschaften* betroffen sein, da ihre Forschungen mit weltanschaulichen Fragen naturgemäß viel enger verflochten sind. All diesen Reformen ist gemeinsam, daß sie der autonomen Entscheidung des einzelnen Wissenschaftlers nicht länger vertrauen und sie deshalb durch subjektlose Selektionsmechanismen der Organisation bzw. Marktmechanismen ersetzen wollen. *Wissenschaftliche Erkenntnis*, die seit Beginn der Neuzeit an die Autonomie des Denkenden geknüpft war, soll nun durch bürokratische Bewertungsmechanismen aus der Organisationsstruktur der Universität als *Dienstleistungskonzern* hervorgehen. An die Stelle der Autonomie des einzelnen tritt die „ökonomische Rationalität“ des Bildungskonzerns, der sich nun selbst zulegt, was er dem einzelnen Wissenschaftler nicht mehr zugesteht, nämlich eine „Philosophie“, ge-

nauer eine „Unternehmensphilosophie“, als Parodie auf die gedankliche Freiheit, der sich die neuzeitliche Wissenschaft ursprünglich verdankt.

Denn in Jahrhunderten währenden Kämpfen hatte sie sich einst von der Bevormundung durch die katholische Kirche befreit. Doch nun, auf der Speerspitze der Moderne – im 21. Jahrhundert – droht sie erneut in Knechtschaft zu geraten. An die Stelle der Kirche tritt nun die Wirtschaft, an die Stelle des Dogmas, nach welchem sich im Mittelalter die gesamte geistige Produktion auszurichten hatte, tritt nun die Betriebswirtschaft als Richtmaß, nach dem sich entscheidet, ob ein Forschungsunternehmen sinnvoll ist oder nicht. Hatte die katholische Kirche ihre politische Legitimation aus der Behauptung von Transzendenz abgeleitet, so leitet sich heute die Neudefinition des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft aus der Annahme einer rein immanenten Logik ab. Insofern uns heute die Hierarchie mittelalterlicher Herrschafts- und Ständeordnung als ein „*Terror der Transzendenz*“ erscheint, so könnte man umgekehrt in der am Horizont des 21. Jahrhunderts heraufziehende Gesellschaftsordnung, die ihr gesamtes Selbstverständnis, alle Lebensbereiche und alle ihre Institutionen einer betriebswirtschaftlicher Rationalität unterworfen hat, spiegelbildlich zum Mittelalter eine Art *Terror der Immanenz* erkennen. Denn die rein immanent sich herleitende Argumentation betriebswirtschaftlicher Logik wird zunehmend in Gestalt des „Sachzwangs“ und der Expertenmeinung als Quelle politischer Legitimation in Anspruch genommen.

»Betriebswirtschaftslehre als religiöse Heilslehre?«

Dies wirft die Frage auf, ob diese enorme Autorität der Betriebswirtschaftslehre, die Definitionsgewalt über Bereiche gewonnen hat, in denen früher Philosophie, Soziologie oder Politikwissenschaft maßgebend gewesen waren, wirklich noch rational zu begründen ist, oder ob nicht irrationale Faktoren daran beteiligt sein könnten, die Betriebswirtschaftslehre zur zentralen Leitwissenschaft der modernen Gesellschaft zu erheben. Solche irrationalen Kräfte sind in der Menschheitsgeschichte vorzugsweise in die Religionen eingeflossen. Letztlich fordert also das CHE die Frage heraus, ob nicht das in ihren Publikationen zutage tretende Zutrauen schlichtweg alle gesellschaftlichen Probleme ausschließlich mit den Mitteln der Betriebswirtschaftslehre zu lösen, nicht letztlich so irrational ist, daß dadurch nicht zuletzt die Betriebswirtschaftslehre ihren wissenschaftlichen Charakter verliert. Ja, ob ihre totale Ausweitung auf alle Lebensbereiche nicht den Punkt markiert, an dem diese schließlich zu einem unbewußt wirksamen Glaubensinhalt, bzw. zu einer Religion wird, die infolge dessen auch prinzipiell aus einer religionswissenschaftlichen Perspektive der Analyse zugänglich gemacht werden könnte. ★

Anmerkungen

- 1 In den ehemaligen Diktaturen Osteuropas war politische Herrschaft nach einem traditionellen Verständnis von Macht organisiert. Ähnlich wie in einer Monarchie war die Macht der Einheitspartei streng hierarchisch organisiert und symbolisch aufgeladen, weshalb sie ständiger Repräsentation bedurfte. Diese symbolische Aufladung von Macht bedeutete für diese Gesellschaften aber auch, daß bereits eine singuläre Meinungsäußerung dem System gefährlich werden konnte und deshalb mittels Zensur, Bespitzelung und direkter Gewalt im Zaum gehalten werden mußte. Demgegenüber ist die Machtausübung in westlichen Ländern in der Tat human. Das Gewaltmonopol des Staates ist rechtsstaatlich eingebunden. Auch bedarf die politische Machtausübung nur noch im geringen Maße symbolischer Repräsentation. Und dennoch kann auch hier von Volkssouveränität nicht die Rede sein. Einzelne politische Meinungsäußerungen sind durchaus zugelassen. Doch dafür wird das Meinungsklima, also die Gesamttendenz der Öffentlichkeit unter dem Deckmantel sogenannter Öffentlichkeitsarbeit um so stärker und nachhaltiger beeinflußt. Die einzelne kritische Meinungsäußerung stellt für die herrschenden Interessengruppen keine Gefahr dar, wenn nur das Meinungsklima insgesamt in ihrem Sinne reguliert ist, also von Begriffsbildungen, Argumentationsketten und einer suggestiven Bildersprache durchdrungen ist, vor der aufklärerische Intentionen unverständlich oder einfach nur unpassend erscheinen. Auf diese Weise ist gegenwärtig die Abkoppelung politischer Entscheidungsprozesse von einer sich autonom und demokratisch organisierenden Öffentlichkeit fast ähnlich weit fortgeschritten, wie einst in Osteuropa.
- 2 *Max Weber*, Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher u. sozialpolitischer Erkenntnis, in: Ges. Aufsätze zur Wissenschaftslehre, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1988, S. 156.
- 3 Vgl.: *Detlef Müller-Böling*, Die Entfesselte Hochschule, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2000.
- 4 Vgl.: *Luc Boltanski/Eve Chiapello*, Der neue Geist des Kapitalismus, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz 2003.
- 5 Vgl.: *Winfried Menninghaus*, Das Versprechen der Schönheit, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 2003.
- 6 *Jacob Taubes*, Ästhetisierung der Wahrheit im Posthistoire, in: Streitbare Philosophie, Margherita von Brentano zum 65. Geburtstag, Hrsg. G. Althaus u. I. Staebule, Metropol, Friedrich Veitl-Verlag, Berlin 1988, S. 41.
- 7 *Detlef Müller-Böling*, Die entfesselte Hochschule, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2000, S. 146 - 151.
- 8 *Georg Lukács*, Die Theorie des Romans, dtv Wissenschaft München 1994, S. 55.
- 9 *Klaus Heinrich*, Erinnerung an das Problem einer freien Universität, in: Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben, Stroemfeld/Roter Stern, Basel/Frankfurt a. M. 1998, S. 16.
- 10 Vgl. *Walter Benjamin*, Das Passagen-Werk, Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M. 1982.
- 11 Vgl. *M. Horkheimer/Th. W. Adorno*, Dialektik

- der Aufklärung, Fischer Verlag, Frankfurt a.M. 1969.
- 12 *Gehlen*, Die Geburt der Freiheit aus der Entfremdung, zitiert bei Taubes siehe Anm. 11.
- 13 *Jacob Taubes*, Kultur und Ideologie, in: Vom Kult zur Kultur, Wilhelm Fink Verlag, München 1996, S. 298.
- 14 Vgl.: Zur Deutung genauen dieser Debatte: *Hauke Ritz*, Über das Verhältnis von Philosophie und Offenbarung bei Jacob Taubes, Magisterarbeit 2005. Auf Anfrage kann Einblick in die dortige Analyse genommen werden (über akj@akj-berlin.de)
- 15 *Max Weber*, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Mohr Siebeck UTB, S. 203 f.
- 16 *Max Weber*, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Wilhelm Fink Verlag München, Tübingen 1920/1988, S. 44 f.
- 17 Vgl.: *Luc Boltanski/ Eve Chiapello*, Der neue Geist des Kapitalismus, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz 2003.

Literaturliste:

- Benjamin, Walter, Das Passagen-Werk, Suhrkamp – Verlag, Frankfurt a. M. 1982
- Boltanski, Luc/ Chiapello, Eve, Der neue Geist des Kapitalismus, UVK Verlagsgesellschaft mbH, Konstanz 2003
- Heinrich, Klaus, Erinnerung an das Problem einer freien Universität, in: Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben, Stroemfeld/ Roter Stern, Basel/ Frankfurt a. M. 1998
- Horkheimer, Max / Adorno, Th. W., Dialektik der Aufklärung, Fischer Verlag, Frankfurt a. M. 1969
- Lukács, Georg, Die Theorie des Romans, dtv Wissenschaft München 1994
- Menninghaus, Winfried, Das Versprechen der Schönheit, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 2003
- Taubes, Jacob Ästhetisierung der Wahrheit im Posthistoire, in: Streitbare Philosophie, Margherita von Brentano zum 65. Geburtstag, Hrsg. G. Althaus u. I. Staeuble, Metropolis Friedrich Veitl-Verlag, Berlin 1988
- Taubes, Jacob, Kultur und Ideologie, in: Vom Kult zur Kultur, Wilhelm Fink Verlag, München 1996
- Weber, Max, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, Wilhelm Fink Verlag München, Tübingen 1920/1988
- Weber, Max, Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher u. sozialpolitischer Erkenntnis, in: Ges. Aufsätze zur Wissenschaftslehre, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1988

Register

Namen:

Th. W. Adorno – 21 ff.
 Walter Benjamin – 20
 Detlef Müller-Böling – 16, 34
 Luc Boltanski – 14
 Ève Chiapello – 14
 George Lucas – 17
 Klaus Heinrich – 17, 18
 Max Horkheimer – 20, 21
 Friedrich Nietzsche – 13, 16
 Jacob Taubes – 16, 20
 Max Weber – 10, 20 ff., 25 ff., 31

Begriffe:

Arbeitsorganisation 28 f., 32 f.
 Aufklärung 19 f., 28
 Ausbeutung 26, 28 ff.
 Autonomie (der Wissenschaft) 3, 12, 17, 27,
 29 f., 34 f.
 Ästhetisierung (der Wahrheit) 14, 16
 Betriebswirtschaft (-slehre) 3, 7 f., 9, 16, 20
 Bildungskonzern 4 f., 9, 11 f., 19, 23, 35
 Bildungsmarkt 9 f., 12, 24
 Demokratie 5 ff., 11, 18
 Dienstleistungskonzern 10 f., 22, 27, 35
 Elite 11 ff.
 Erwerbsarbeit 26, 31
 Fetischcharakter 12
 Fortschrittsutopien 33
 Freie Universität 18
 GATS-Vereinbarungen 5, 10
 Gebrauchswert, s. Tauschwert
 Humboldtschen Universitätsidee 27, 30
 Ideologie 8 f.
 Institution(en) 7, 14, 17, 19 ff., 36
 Kapitalismus 14, 21, 25 ff., 30 ff.
 Konkurrenz 9, 11, 14, 22, 24, 35
 Leitwissenschaft 36
 Lobbying 6 f., 18, 33
 Managementstruktur (hierarchische) 11, 35
 Marktmechanismen 25, 35
 Meinungsklima 6, 36 f.
 Neoliberalismus 7, 33
 Neuzeit 12, 17, 19 f.
 networking, s. teamworking
 Öffentlichkeit 4 ff., 10, 15, 18, 20, 33, 35, 37
 ökonomische Rationalität 6, 10, 20 f., 35
 Opferritual (der Institutionen [Gehlen]) 20, 22
 Organisationsdarwinismus 22
 Organisationsstruktur 8, 30, 34 f.
 Privatisierung 7, 10
 Rankings 6 f., 11, 22, 35
 Säkularisierung 20
 Selektionsmechanismen 13 f., 35 f.
 Stählernes Gehäuse (Weber) 21 f.
 Studiengebühren 13 f., 23 f.
 Subjekttypus 14, 25
 Tauschwert 12
 teamworking 29, 33
 technologischer Schleier (Adorno/Horkheimer) 20
 Traumschlaf (des Kapitalismus»Benjamin«) 20
 Überlebensfähigkeit (Begriff n. Müller-Böling) 16
 Umerziehung (des Menschen) 26, 30
 Verblendungszusammenhang
 (Adorno/ Horkheimer) 20, 22
 Volksouveränität 4 f., 7, 19
 Volkswirtschaft 23, 29, 33
 Wellness-Faktor 25
 Wertneutralität (wissenschaftliche) 9, 11
 Wissenschaftskritik 9, 33

Die derzeitige, sich teils in Planung und teils bereits in Durchführung begriffene Umstrukturierung der Universitäten unterscheidet sich von früheren Reformversuchen durch die Radikalität der Veränderung. Und zwar dadurch, daß das gesamte Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Universität sowie die Rolle von Wissenschaft und Bildung fundamental neu definiert werden. Eine Neubestimmung, deren zentrales Anliegen es letztlich ist, durch die Etablierung einer betriebswirtschaftlichen Organisation Strukturzwänge zu schaffen, die die Autonomie der an der Universität forschenden und lehrenden WissenschaftlerInnen sowie den Wissens- und Bildungserwerb der Studierenden stark einschränken. Ziel ist dabei die umfassende Ausrichtung von Lehre und Forschung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. Vieles spricht dafür, daß dieses das Ende der neuzeitlichen Tradition der abendländischen Universität bedeuten könnte.

